

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Unia-Chefin Vania Alleva: Das grosse Europa-Interview. Seiten 5-6



Hände weg von der AHV!
Die Rentenlücke und der Lohnklau an den Frauen. Zahlen und Fakten. Seiten 9-11

So schwach ist der Smood-GAV
Das steht drin, und das steckt dahinter. Seite 8

Hochzeit mit Smuv-Fahnen
Verkäuferin Brigitte Schweizer erzählt aus ihrem Leben. Seite 18

Reissverschluss-Arbeiterinnen

Den Chefs die Knöpfe eingetan

Die **Arbeitsbedingungen** in der **Riri-Fabrik** waren unterirdisch. Darum **streikten** die Arbeiterinnen. Mit ersten Erfolgen. Seite 3

Unia lohnt sich

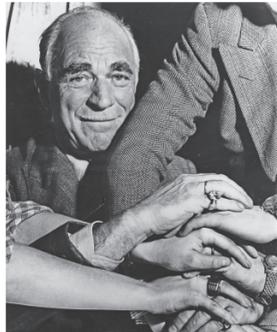
Bei der Unia ist man aus Überzeugung. Aber auch, weil es sich lohnt! work zeigt alle Mitglieder-Vorteile. Seiten 14-15



workedito
Marie-Josée Kuhn

DER RIRI-KÖNIG

Riri, das ist wie Maggi: ein Markenname fürs Produkt. Riri für Reissverschlüsse, made in Switzerland. In der Riri-Fabrik in Mendrisio im Tessin, dem Riri-Hauptwerk, produzieren heute noch 200 Mitarbeitende für die ganze Welt. Es sind vor allem Frauen, vor allem italienische Grenzgängerinnen. Zum Stundenlohn von 15 Franken 90 brutto. Doch nicht der Lohn ist es, der sie zum Streiken brachte. Es waren Rüpel-Chefs und haarsträubende Arbeitsbedingungen in der Fabrik. Und ihr Streik hat sich gelohnt, wie work-Redaktor Jonas Komposch recherchiert hat (Seite 3). Eine richtige Kopf-hoch-Geschichte!



Martin O. Winterhalter. FOTO: GETTY

Aber auch die Geschichte dahinter hat's in sich. Denn sie ist ein fast unglaubliches Stück Schweizer Industriegeschichte. Im Mittelpunkt: Riri-König «Dr. iur. Kaufmann» Martin O. Winterhalter, geb. 1889, aus St. Fiden SG. Stichwort: Wer hat's erfunden? Richtig, wir Ricolos! Bereits während seines Studiums produziert und vertreibt der Mann mit dem Clark-Gable-Schnäuzchen Hernienbänder.

Doch erst 1923 schlägt seine Sternstunde: Winterhalter kauft dem Schweden Gideon Sundbäck ein Reissverschluss-Patent ab, obwohl Sundbäcks Reissverschlüsse nicht wirklich funktionieren. Und alle langen sich an den Kopf. Man und frau trägt noch Knöpfe. Und Häkchen. Winterhalter optimiert, lässt produzieren und patentieren: Die Marke «Riri» ist geboren, benannt nach dem «Rippe-Rille-Prinzip».

RIRITA. Winterhalters Aufstieg ist jetzt unaufhaltsam. 1935 verlegt er seine erste Produktionsstätte von Deutschland ins Tessin. In Morcote kauft er eine Villa mit 33 Zimmern und einem Park. Seine Villa «Ririta»! Frauen, Pferde, Geld: Winterhalter lebt als Lebemann in Saus und Braus. Er ist ein kreativer Kopf, aber auch ein Exzentriker. Hoch zu Ross reitet er von

Eine wilde Schweizer Industriegeschichte.

Morcote nach Mendrisio in die Fabrik. Hat er die Spenderhosen an, wirft er bündelweise Banknoten aus dem Fenster seines Direktionsbüros. Und unten, im Fabrikhof, jagen die Arbeiterinnen und Arbeiter nach dem Geldsegen. Das gefällt nicht allen. Schon gar nicht Winterhalters Schwester. Die Familie ist streng katholisch, Winterhalters Bruder sogar Pater im Kloster Disentis. Aber das kümmert den eher weltlich orientierten Martin nicht. Er erfüllt das Pflichtsoll an «Sünden» grad für die ganze Familie. Gleichzeitig läuft's geschäftlich rund. Lizenzen und inzwischen mehr als 160 Patente: der Reissverschluss-König ist geboren. Die internationale Boulevardpresse berichtet euphorisch. Doch da sind auch Visionen.

JUNGFRAU MARIA. Am Steuer erscheint Winterhalter die heilige Jungfrau Maria. Er crasht. Doch die Party geht weiter: je älter er wird, desto jünger sind seine Liebhaberinnen und Sekretärinnen. Bis seine Schwester die Handbremse zieht: sie klagt vor Gericht und fordert, ihr Bruder müsse bevormundet werden. Sein Verhalten gefährde sein Vermögen und sein Leben. Das Gericht gibt ihr recht. Am 16. Januar 1949 wird der Riri-König verhaftet, betäubt und in die Psychiatrische Klinik Burghölzli verfrachtet. Diagnose: depressive, manische und paranoide Züge. Der Beginn einer Schizophrenie. Doch Winterhalter kommt mit Hilfe seines Pater-Bruders raus aus der Klinik. Der bewundert den wilden Bruder und hält zu ihm. Der Reissverschluss-König wird in der Gemeinde Disentis bevormundet. Diese verspricht sich zusätzliche Steuereinnahmen durch den Multimillionär. Und der Riri-König taucht wieder ein ins volle Leben. Doch als ihn schliesslich seine langjährige Geliebte verlässt, bricht er zusammen. Droht zu schiessen. Droht, die Riri-Fabrik zu zerstören. Es folgen Internierung, Flucht und die geschlossene Abteilung der Klinik Bellevue in Kreuzlingen TG. Winterhalter ergibt sich, er mag nicht mehr. Und stirbt dort 1961 mit 71 Jahren. Sein Vermögen vermacht er einer Stiftung, die seinen Namen trägt. Sie soll Kirche und Kultur unterstützen. Das Kloster Disentis renoviert seine Klosterschule. Winterhalters Schwester und sein Pater-Bruder sollen nur den Pflichtteil erhalten.

Sehen Sie auf «Playsuisse» den rätoromanischen Dok-Film mit deutschen Untertiteln über Riri-König Winterhalter von 2019: rebrand.ly/riri-koenig.

Bau: Angriff auf den Landesmantelvertrag Meister wollen die totale Arbeitszeit-Flexibilisierung

Baumeister-Präsident Gian-Luca Lardi wird immer dreister. Jetzt will er den «Arbeitszeitkalender» abschaffen – und behauptet, das sei der Wunsch der Buezer.

JONAS KOMPOSCH

Schon seit Februar ringen Gewerkschaften und Baumeister um einen neuen Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe (LMV). Denn der bestehende läuft Ende Jahr aus. Deshalb haben die Bauarbeiter längst klargemacht, was sie wollen: klare Schlechtwetterregeln, kürzere Arbeitstage, mehr Schutz für Ältere, eine Woche mehr Ferien, eine zusätzliche bezahlte Pause sowie voll bezahlte Reisezeiten. Und die Baugewerkschaften haben zügig gehandelt und den kompletten Forderungskatalog (rebrand.ly/LMV2022) den Meistern auf den Verhandlungstisch gelegt.

Ganz anders die Verhandlungsführer des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV): Sie reden noch immer um den heissen Brei herum. Dazu

«Ohne Arbeitszeitkalender könnte der Chef immer spontan befehlen: «Heute arbeitest du nicht, morgen 10 Stunden.»»

UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

Unia-Bauchef Nico Lutz: «Statt konkrete Herausforderungen zu benennen, will der SBV abstrakte Diskussionen über gemeinsame Interessen führen.» Darus leite er dann radikale Abbauforderungen ab. So geschehen an der Verhandlungsrunde vom 24. Mai.

FAMILIENLEBEN UNMÖGLICH

Klartext hätten die Baumeister zwar auch da nicht geredet, sagt Lutz. Doch eines sei deutlich geworden: «Neuerdings wollen sie sogar den Arbeitszeitkalender abschaffen!» Zur Erinnerung: Der Arbeitszeitkalender ist eine gewerkschaftliche Errungenschaft und garantiert den Bauleuten eine Mindestarbeitszeit pro Woche (37,5 Stunden). Und er schützt sie zugleich mit einer Maximalarbeitszeit (45 Stunden). Ohne den Kalender bliebe nur noch die gesetzliche Limite der 50-Stunden-Woche.



IN GEFAHR: Der Arbeitszeitkalender, den die Baumeister abschaffen wollen, ist eine gewerkschaftliche Errungenschaft und schützt die Bauleute. FOTOS: ADOBE

Lutz warnt: «Konkret könnte der Chef dann immer spontan befehlen: «Heute arbeitest du nicht, morgen 10 Stunden, übermorgen 5 Stunden, und dann schauen wir.» Ein Familienleben sei so unmöglich. Wütend seien die Bauarbeiter daher zu Recht, sagt Lutz. Noch wütender dürften die aufmerksamen Zeitungslesenden unter den Bauleuten sein. Denn während die Meister am Verhandlungstisch rumdrucksen, werden sie in den Medien konkret – und immer dreister.

DRECKIGER DEAL

In den CH-Media-Titeln äusserte sich SBV-Präsident Gian-Luca Lardi unlängst zur Lohnfrage. Zuerst warnte er: «Reflexartige» Lohnerhöhungen seien kontraproduktiv. Dann behauptete er: Die Kaufkraft der Bauleute sei in den letzten Jahren gestiegen. Und zuletzt empfahl er einen schmutzigen Deal: «Wenn die Gewerkschaften etwa im Bereich der Flexibilisierung Konzessionen machen, sind wir durchaus bereit, über Lohnerhöhungen zu diskutieren.» Lardi versucht also das gleiche Spiel wie 2018. Schon damals hat er nach mehreren Nullrunden eine Lohnerhöhung angeboten. Aber nur unter der Bedingung, dass die Gewerkschaften eine massive Erhöhung der Überstunden und eine Reduktion der Zuschläge akzeptieren. Der Plan ging nicht auf. Eine riesige Protestwelle auf dem Bau

stoppte Lardi. Er musste die Lohnerhöhungen ohne die gewünschten Konzessionen gewähren.

Trotzdem versucht es der FDP-Mann nun erneut. Interessant ist dabei seine Begründung.

CORONA ALS AUSREDE

Die lieferte Lardi im Magazin «Die Baustellen». Der «gesellschaftliche Kontext» habe sich seit 2018 «spürbar verändert». Die Pandemie habe die Flexibilisierung der Arbeitswelt vorangetrieben. Flexible Arbeitszeiten und mobile Arbeitsplätze seien innert kürzester Zeit «völlig normal geworden» und würden «gerade auch von den Arbeitnehmenden verlangt». Für gewisse Berufsleute mag das unter ganz bestimmten Umständen stimmen. Für kinderlose Büroangestellte mit komfortablen Homeoffice-Möglichkeiten etwa. Baubüezer aber haben keinerlei Vorteile von einer Flexibilisierung à la Lardi. Trotzdem behauptet er, ein «flexibilisierter» und «vereinfachter» LMV sei ein «Anliegen der Gesellschaft» – und sogar eines «der Arbeitnehmenden» selbst!

Seltsam bloss, dass dieselben Arbeitnehmenden sich gleichzeitig für die grosse Zürcher Bau-Demo vorbereiten. Diese steigt schon am 25. Juni. Das Motto: «Gesundheit und Familienleben stehen nicht zum Verkauf!» Ob's dann die Baumeister auch endlich begreifen?

Kita-Streik in Deutschland: Mitarbeitende bekommen mehr Lohn... ...und zwei zusätzliche freie Tage

Die Kita-Mitarbeitenden in Deutschland bekommen mehr Freizeit und Zulagen. Das haben sie mit wochenlangen Protesten durchgesetzt.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT

Am Ende wollten es die Arbeitgeber lieber doch nicht auf eine Eskalation ankommen lassen. Nach einem dreitägigen Verhandlungsmarathon unterschrieben sie am 18. Mai die Eckpunkte eines neuen Gesamtarbeitsvertrags für die rund 330 000 Mitarbeitenden in Kitas, Behinderten- und Sozialeinrichtungen. Die Verhandlungsführerin der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Christine Behle, hatte zuvor mit einer massiven Ausweitung der Streiks gedroht,

falls sich die Arbeitgeber weiter stur stellen sollten. Allein in der Woche vor den Verhandlungen waren 45 000 Mitarbeitende für die Aufwertung der Berufe und für mehr Entlastung auf die Strasse gegangen.

180 EURO MEHR

Die Vereinbarung erfüllt längst nicht alle Forderungen der Protestierenden. Sie ist aber ein Einstieg in die dringend nötige Entlastung in Form von zwei zusätzlichen freien Tagen. Zudem erhalten Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen eine neue Zulage von 130 bzw. 180 Euro im Monat. Diese kann in zwei weitere freie Tage umgewandelt werden. Hinzu kommen noch andere Extrazahlungen, zum Beispiel für



«WIR SIND MEHR WERT!»: Kita-Demo in Deutschland

FOTO: HANDESLBLATT.COM

die Einführung einer Ausbildungsvergütung in der Heilpädagogik oder für schnellere Gehaltsaufstiege.

Der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke sagt: «Damit ist uns ein wichtiger Schritt gelungen, die Attraktivität dieser Berufe zu steigern

und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.» Sylvia Bühler, die im Verdi-Bundesvorstand für freigemeinnützige und private Einrichtungen

PROTESTWELLE

Ungebrochene Streikkraft in der EU. Seite 6

gen zuständig ist, forderte die Übertragung der Verbesserungen auf die gesamte Branche, in der insgesamt über 1,6 Millionen Menschen arbeiten. Als nächstes steht Ende des Jahres die reguläre Lohnrunde im öffentlichen Dienst an. Da geht es angesichts der hohen Inflation um Einkommensverbesserungen für alle Beschäftigten bei Bund und Gemeinden.



WENN'S KLEMMT: Mitarbeiterinnen des Luxus-Reissverschlussherstellers Riri erstreikten den 8-Stunden-Tag – und vieles mehr. Einen Tag lang legten sie den Betrieb des Riri-Hauptwerks in Mendrisio TI (im Bild) lahm. FOTOS: RIRI.COM

Gebrüll, Sexismus und Hygieneprobleme: Riri-Arbeiterinnen streiken gegen Reissverschluss-Rüpel

Die Reissverschluss-Firma Riri produziert für Edelmarken wie Gucci und Prada. Gar nicht edel ging es dagegen in der Fabrik in Mendrisio TI zu und her. Doch ein Streik half!

JONAS KOMPOSCH

Riri ist nicht nur der Spitzname von Rihanna (34), der reichsten Sängerin der Welt (1,7 Milliarden Dollar Vermögen). Auch das global führende Unternehmen der Reissverschluss-Industrie heisst Riri. Wegen des «Rille-Rippe-Systems», das der St. Galler Reissverschluss-Pionier Martin Winterhalter einst patentieren liess. Doch Popstar und Industriebetrieb verbindet mehr als nur der Name.

Bei der Riri AG schwingen internationale Investmentfonds das Zepter, zurzeit einer aus Paris. Der Geschäftssitz liegt aber nach wie vor in Mendrisio TI, nur fünf Kilometer von der italienischen Grenze entfernt.

«Jetzt gilt endlich auch bei Riri der 8-Stunden-Tag!»

UNIA-MANN VINCENZO CICERO

Auch das Hauptwerk steht dort. Seit 1936 produziert es textile Verschlussysteme aller Art. Heute empfiehlt sich Riri als Spezialistin für «high-end luxury fashion», also hochwertige Luxusmode. Nobelmarken wie Prada, Luis Vuitton oder Marc Jacobs gehören zu den Riri-Kunden. Auch Gucci bestellt die Reissverschlüsse im Südtessin. Und Rihanna? Sie rührt für Gucci fleissig die Werbetrommel – zuletzt hochschwanger an der Mailänder Fashion Week, wo sogar ihr Freund ranmusste: US-Rapper Asap Rocky (33jährig, 9 Millionen Dollar schwer). Ihn liess die Pop-Diva mit extragrossem Gucci-Täschli aufmarschieren. Über solches Theater können die Riri-Mitarbeitenden im Tessin bes-

tenfalls lachen. Denn bei ihnen herrscht das pure Gegenteil von Glanz und Gloria. Und deshalb überraschten sie mit einem fulminanten Streik.

POLIZEI GERUFEN

Alles begann mit der Frühschicht des 4. April: Statt ins Werk zu eilen, versammelten sich rund 100 Arbeiterinnen und einige Arbeiter schon ab 6 Uhr vor dem Firmeneingang. Die Manager waren derart ratlos, dass sie gleich die Polizei bestellten. Doch es nützte nichts. Die Frühschicht streikte weiter und verteidigte ihre Protestversammlung vor dem Werkstor. Unia-Sekretär Vincenzo Cicero hat die Dynamik live miterlebt. Er sagt: «Eigentlich hätte um 14 Uhr die Spätschicht beginnen sollen, doch auch diese Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich der Versammlung angeschlossen – und zwar selbständig und schon vor ihrem Schichtbeginn!»

Über 200 Produktionsmitarbeitende chrampfen im Werk von Mendrisio. Es sind fast ausschliesslich Grenzgängerinnen aus Italien. Auch einige Männer stehen am Fließband. Doch deren Domäne ist traditionell der Kommandoposten, von wo aus sich die Arbeiterinnen überwachen lassen. 15 Franken und 90 Rappen zahlt Riri den Fabrikarbeiterinnen pro Stunde. Brutto. Einige erhalten etwas mehr. So sieht es der Betriebs-GAV vor, den Riri mit der christlichen Gewerkschaft OCST abgeschlossen hat. Aber nicht die Tiefstlöhne waren es, die das Fass zum Überlaufen brachten.

FRAUEN IM VISIER

Tessiner Textilindustrielle dürfen von ihren Mitarbeitenden pro Jahr 18mal Samstagsarbeit verlangen. So steht es im Branchen-GAV der Tessiner Bekleidungsindustrie. Diesen hat Riri unterschrieben – zusätzlich zum hauseigenen GAV mit der OCST. Aber Riri reichen 18 Samstage offenbar nicht. Dazu sagte eine Arbeiterin dem «Corriere del Ticino»: «Sobald die 18 Wochenenden aufgebraucht sind, müssen wir uns rechtfertigen, wenn wir nicht noch mehr zur Verfügung stehen, und nach drei Absenzen gibt's ein Mahnschreiben.» Hinzu

komme der rüpelhafte Umgangston einiger Vorgesetzter. Es herrsche «Geschrei und Gebrüll» im Betrieb, und das Arbeitstempo sei «massacrante», also extrem zermürend.

Ausserdem sei Sexismus ein Problem: «Es gab äusserst unhöfliche Kommentare gegenüber den Frauen.» Unia-Mann Cicero bestätigt: «Vor allem Frauen haben mir von Einschüchterungen und allgemeiner Respektlosigkeit berichtet.» Doch auch in typischen Männer-Abteilungen seien «einige ziemlich ungeheuerliche Fälle» aufgetaucht. Gleichermassen betroffen seien Männer und Frauen von der maroden Fabrikinfrastruktur. Diese habe «mit Standards in unseren Breitengraden wenig zu tun». Konkret: «Enge Räume ohne Tageslicht, schlechte Belüftung und üble hygienische Bedingungen.» Diese Probleme konnte der Streik nicht sofort beheben. Durchaus aber andere!

RIRI REAGIERT RASCH

Die Firma bestätigt den Streik und ihren Willen zum konstruktiven Dialog. Man habe nach Corona eine Phase aussergewöhnlicher Arbeitsintensität gehabt. Noch während des Streiks willigte Riri den auch in Verhandlungen ein. Dies aber erst, als auch seine Sozialpartnerin OCST auf dem Platz war. Bei den Streikenden sorgte das für noch mehr Unmut. Dazu Unia-Mann Cicero: «Ich hatte den Eindruck, dass die Arbeiterinnen die OCST nicht als ihre Verbündete betrachten, sondern als jene der Riri-Leitung.» Trotzdem hätten sie die Kröte geschluckt – mit Gewinn! Bereits um 15 Uhr schlossen die Konfliktparteien eine Vereinbarung ab. Diese sieht eine grossangelegte Untersuchung durch das kantonale Arbeitsinspektorat vor. Der Prozess läuft. Bereits abgeschlossen ist die Umwandlung von rund 70 befristeten Verträgen in unbefristete. Dazu Cicero: «Die betroffenen Mitarbeitenden hatten höchst prekäre und befristete Verträge, zum Teil seit mehreren Jahren!» Hier habe das Personalbüro sofort kapiert, dass ihm gröberes Ungemach drohe. Auch die Arbeitszeit hat Riri innert weniger Tage reduziert. Cicero freut's: «Jetzt gilt endlich auch bei Riri der 8-Stunden-Tag!»

Heraus zum 14. Juni!

BERN. Auch drei Jahre nach dem zweiten historischen Frauenstreik rufen Aktivistinnen und Gewerkschafterinnen am 14. Juni zum Protest. Nicht genug, dass es in Sachen Gleichstellung immer noch nur in Minischritten vorangeht. Jetzt plant das Parlament auch noch einen gigantischen Rentenklau an den Frauen. «So nicht!» sagen Verkäuferin Clotilde Pinto und ihre Mitstreiterinnen (siehe Seite 10). Ihre Botschaft ist klar: Nein zur frauenfeindlichen AHV-Vorlage! Dafür: Schluss mit Diskriminierung, rauf mit den Frauenlöhnen und endlich eine klare Aufwertung der unbezahlten Care-Arbeit!
Alle Demonstrationen und Aktionen: 14juni.ch.

Unia gewinnt gegen Migros

ZÜRICH. Mit einem Laden fast ohne Mitarbeitende wollte die Migros das Sonntagsarbeitsverbot umgehen – doch die Unia hatte Beschwerde eingereicht. Das Verwaltungsgericht gibt der Gewerkschaft jetzt recht. In der Migros-Daily-Filiale in der Nähe des Zürcher Hauptbahnhofs arbeiteten sonntags jeweils ein Security-Mitarbeitender, und eine Verkäuferin füllte die Regale mit frischen Backwaren auf. Die Migros kann den Fall noch ans Bundesgericht ziehen. Bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt, bleibt der Laden deshalb sonntags geöffnet, ohne Verkäuferin, aber mit Security.

Thurgau ritzt Schweigepflicht

FRAUENFELD. Der Kanton Thurgau hat ein Formular kreiert, in dem Personen, die für längere Zeit arbeitsunfähig sind, ihre Ärztin oder ihren Arzt von der Schweigepflicht entbinden müssen. Dies soll dem «besseren Dialog von Arbeitgebern und Medizinern» dienen, heisst es auf dem Flyer des neuen Projekts «reWork» zur beruflichen Wiedereingliederung. Lukas Auer, Präsident des Thurgauer Gewerkschaftsbunds, ärgert sich: «Man schleicht sich an uns vorbei.» Die standardisierte Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht ist rechtlich höchst fragwürdig und geht zulasten der Arbeitnehmenden. Kein anderer Kanton geht so weit wie der Thurgau. In ähnlichen Projekten ist sonst nur eine fallweise Aufhebung der Schweigepflicht vorgesehen.

Glencore-Mineure streiken in Kanada

QUEBEC. Seit dem 27. Mai befinden sich 650 Arbeiter der kanadischen Nickelmine Raglan von Glencore im Streik. Sie protestieren gegen die verschärfte Ausbeutung und den masslosen Einsatz von schlecht bezahlten Vertragsarbeitern. Die Mineure schieben oft 11-Stunden-Tage – und das während 21 Tagen hintereinander. Eric Savard, Präsident der zuständigen Steelworker-Gewerkschaft, sagt: «Die Lage der Arbeiter hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert.» Glencore reize die Situation systematisch aus, um mehr Profit zu machen. Die internationale Industriegewerkschaft Industrial kündigt jetzt eine weltweite Kampagne gegen den Schweizer Rohstoffkonzern an.

Der Niedergang des Saurer-Konzerns trifft Unia-Gewerkschafter Köbi Auer hart, doch: «I chomm scho z gang»

Gewerkschafter Köbi Auer ist der, der beim Spinnmaschinen-Hersteller Saurer das Licht löscht. Doch so bitter das auch ist: einen wie ihn bringt das nicht um.

RALPH HUG

Bis zuletzt hatte er an eine Lösung geglaubt. So gar selber an einer mitgearbeitet. Vergeblich. Die Saurer-Manager wollten das konjunkturanfällige Spinnmaschinen-Business los werden. Jetzt ist Logistiker Köbi Auer (61) am Aufräumen. Die Kündigung hatte er schon in der Tasche, als die Anfrage kam, ob er noch ein paar Wochen länger bleiben könne. Einer wie er ist eben unersetzlich. Kennt jeden Winkel, jeden Ablauf, jede Kundin. Nach mehr als vier Jahrzehnten muss er nun Abschied nehmen. Vom

«Wer nimmt denn einen mit drei Herzinfarkten, einem halben Fuss und einer Spenderniere?»

Unia-Gewerkschafter und als Ansprechperson der Chefs. Diese wussten: Wenn sie etwas von der Belegschaft wollten, mussten sie sich mit Auer verständigen. Sonst ging es nicht.

Niemand kennt Saurer besser als Köbi Auer. Weit über vierzig Jahre hat er beim Textilmaschinenhersteller gearbeitet. Als Logistiker, Sicherheitsexperte und Vertreter der Arbeitnehmenden. Er hat mit dem Konzern gelitten, als es abwärts ging. Gelitten, als der Frankenschock kam. Und gelitten, als die Geschäftsleitung im vergangenen Dezember das definitive Aus verkündete. Auer wird nie mehr Hochleistungs-

Betrieb, dem er sich mit Haut und Haar verschrieben hat, aber auch von Kolleginnen und Kollegen, für die er immer einstand – als Präsident der Personalkommission, als



UNTRÖSTLICH: Niemand kennt den Saurer-Konzern besser als Köbi Auer. Doch nach über 40 Jahren hat der unerschütterliche Búezer jetzt die Kündigung bekommen. FOTO: ZVG

Spinnmaschinen aus der Werkhalle in Arbon TG schieben. Das Geschäft geht an den grossen Konkurrenten, die Lässer AG in Diepoldsau SG (work berichtete: rebrand.ly/untroestlich). Der Saurer-Mann ist untröstlich: «Das tut weh.»

AUF JOBSUCHE

Das Ende der Spinnmaschinen-Produktion trifft Auer im dümmsten Moment. Er ist 61 Jahre alt und muss jetzt noch stempeln gehen. Doch er nimmt es gelassen und sagt: «I chomm scho z gang.» Man glaubt es ihm und spürt doch, wie es ihm das Herz bricht. Saurer ist sein Leben. Gibt es auch ein Leben nach Saurer? Kaum vorstellbar, wohl auch für ihn nur schwerlich. Aufs Schulterklopfen musste er nicht lange warten. Mehrfach

hörte er: «Wir melden uns, wenn wir einen Job haben.» Doch einen neuen Job hat er noch nicht. Und er selber zweifelt, ob er noch je einen finden wird: «Wer nimmt denn einen mit drei Herzinfarkten, einem halben Fuss und einer Spenderniere?» Auer hatte gesundheitlich Pech. Er musste sich vor sechs Jahren wegen einer Vergiftung mehrere Zehen amputieren lassen und erst noch eine siebenstündige Nierentransplantation durchstehen.

ARBONER STADT-ORIGINAL

Andere hätten schon lange die Segel gestrichen. Nicht so Köbi Auer. Nichts kann sein Engagement bremsen. Er ist Regionalpräsident der Unia, politisiert als SP-Mann sowohl im Arboner

Profilbild mit Friedens-taube: Weltpolitischer Denker

Als Putin am 24. Februar die Ukraine überfiel, postete Köbi Auer auf Facebook ein neues Profil mit einer Friedenstaube vor dem Gesicht. Und schob wenig später die Mahnung nach: «Auch wenn ihr den Krieg gewinnt, habt ihr den Frieden verloren.» Auer ist ein Gewerkschafter, der weltpolitisch denken kann. Aber er war selbstverständlich auch dabei, als eine Projektgruppe für die Bettagsfeier beschloss, die Arbonerinnen und Arboner angesichts des Ukrainekriegs zum Gebet aufzurufen. Für Auer ein überkonfessioneller Appell. Anfang April wünschte er speziell allen Muslimen einen «gesegneten Ramadan». Applaus für den Saurer-Mann, der sich treu bleibt. Auch ohne Saurer. (rh)

Stadtparlament als auch im Thurgauer Kantonsrat. Dort setzt er sich insbesondere für einen kantonalen Mindestlohn ein. In Arbon ist er stadtbekannt, kennt Krethi und Plethi, ein Unikum, an dem niemand im öffentlichen Leben vorbeikommt. So einer wie er kann nicht untergehen.

Ob Sängerverein oder Kirche – Auer kann es mit allen. Stets hat er ein passendes Bonmot parat. Als das St. Galler Tagblatt in einem Artikel sein Schicksal beschrieb, konterte er trocken: «Man gibt einen Beruf auf, nicht sich selber.» Vor dem Thurgauer Gewerkschaftsbund sagte er kürzlich: «Die Welt braucht Menschen, die an sich glauben, um die Zukunft ändern zu können.» Eine Trennung zwischen Privat und Öffentlich kennt er nicht. Er ist, wie er ist. So schrieb er am 16. Mai, seinem Hochzeitstag: «Es sind nicht die schlechtesten Ehen, wenn ein Blitz mit einem Blitzableiter verheiratet ist.» Typisch Auer. 40 Jahre ist er mit Gattin Andrea verheiratet. Fast so lange wie mit Saurer.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



UV-Leuchten: Wer rettet uns vor den cheiben Viren?

Werden wir unsere Kinder und Jugendlichen bald permanent mit kurzweiligem UV-Licht bestrahlen lassen dürfen? Ist nicht einmal auszuschliessen. Wenn ja, droht uns eine neue Impfdebatte.

Wir können uns als Gesellschaft medial und politisch offenbar immer nur auf ein Thema konzentrieren. Mehrere Dinge gleichzeitig zu bedenken gehört selbst in hochentwickelten Gesellschaften nicht zu unseren Stärken.

Der Krieg gegen die Ukraine hat die Corona-Frage verdrängt. Obwohl die Politik der Kommunistischen Partei Chinas die ganzen Lieferketten durcheinanderbringt. Und vielleicht nächstens zu Aufständen in China führt.

Inzwischen sind die Coronafälle in der Schweiz dank dem UV-Licht der Sonne stark rückläufig. War ja auch schon letzten Sommer so. Aber was bringt der Herbst? Mutiert das Virus weiter? Und wenn ja, wird es nur ansteckender oder auch gefährlicher? Und wann kommen die neuen Impfstoffe auf den Markt, die uns nicht nur gegen alle Mutanten, sondern auch gegen die Grippe mehr oder weniger gut immunisieren?

Eines wissen wir in der Zwischenzeit: Je schlechter die Luft in Innenräumen ist, desto leichter wandern die Viren von einem Menschen zum nächsten. Dies gilt auch und vor allem

für die Schulzimmer, wo 20 Kinder samt Lehrperson mit einem durchschnittlichen Lebendgewicht von 800 Kilo für hohe CO₂-ppm-Werte (Anteile pro Million) sorgen. Das zeigt der neuste «K-Tipp», der Stichproben aus verschiedenen Schulen (von Aarberg bis Chur) ausgewertet und festgestellt hat: Die Luftqualität ist weit unter dem, was noch gesund ist.

Längst hätten Gemeinden und Kantone wenn nicht alle, so doch möglichst viele Schulzimmer mit Messgeräten und Ventilatoren der nächsten Generation ausstatten sollen. Ist das geschehen? Nicht wirklich: Noch immer werden Schweineställe in der Schweiz effizienter belüftet und gekühlt als Schulzimmer.

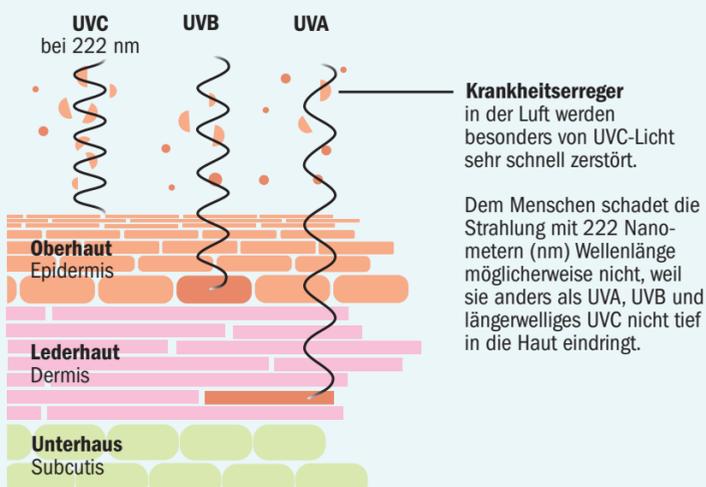
Der einzige kleine Lichtblick: Die Genfer Grünen verlangen von ihren Politikern, dass sie kein Fleisch mehr essen. Ohne Fleischkonsum keine Schweine, die den Armen dieser Welt das Getreide wegfressen. Um kurz darauf selbst gefressen zu werden.

KURZWEILIGE STRAHLEN. In jedem Operationssaal wird die Luft 10 Mal in der Stunde ausgewechselt. Die einströmende Luft wird mit UV-Strahlen effizient desinfiziert.

UV-Strahlen verbrennen leider auch die Haut. Das weiss niemand besser als jene, die gerne sonnenbaden. Und sich deshalb mit guten Sonnencremes einstreichen, die mindestens den Faktor 50 erreichen.

Unsichtbare Desinfektion

Auswirkungen des ultravioletten Lichts auf Krankheitserreger und die menschliche Haut



DAS ANTIVIREN-WUNDER: Mit UV-Licht lassen sich Viren in der Luft schnell zerstören. Ist das die Lösung für unser Corona-Problem?

UV Strahlung war bisher hoch-effizient, aber halt auch hochgefährlich. Jetzt glauben Forschende weltweit die Lösung des Problems gefunden zu haben:

Schritt 1: Man kann auch kurzweilige UV-Strahlen mit weniger als 222 Nanometern (also weniger als einem Milliardstelmeter) erzeugen.

Schritt 2: Diese Strahlung tötet effizient alle relevanten Krankheitser-

reger ab. Sie dringen aber weder in die Oberhaut noch in die Lederhaut oder die Unterhaut des Menschen ein. Niemand bekommt kurzfristig einen Sonnenbrand und mittelfristig Krebs. Das ergaben bisherige Untersuchungen.

Ein Teil der Forscherinnen und Forscher ist begeistert. Andere mahnen zur Vorsicht und fordern weitere Untersuchungen vorab bei Risikogruppen.

Ist dieses Glas halb voll oder halb leer? Wir wissen es nicht. Zwei Fragen stehen mit im Vordergrund: ● Kantone und Gemeinden, die rechtzeitig umrüsten wollen, müssen jetzt die entsprechenden UV-Leuchten bestellen. Sonst geht alles gleich wie bei den Corona-Masken. ● Besorgte Eltern werden wohl auch dann noch den Aufstand proben, wenn wissenschaftlich alles geklärt sein wird. Motto: lieber infiziert als desinfiziert.

An der Virenbekämpfungsfrent bleibt's spannend.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/led-leuchten Osram verfügt über die Technologie, LED-Leuchten mit weniger als 222 Nanometern auf den Markt zu bringen. Und wir hoffentlich auch bald.
- rebrand.ly/viren-toeter Ein ausgezeichnete Artikel des deutschen Magazins «Spiegel Wissen». Für 1 Euro können Sie einen Monat lang alle Artikel lesen.
- rebrand.ly/dicke-luft Der «K-Tipp» hat die Luftqualität in Schulen im ganzen Land getestet. Mit skandalösen Ergebnissen, wie ein Experte sagt. Der Artikel ist kostenpflichtig, aber lesenswert.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

EU-Politik: Unia-Präsidentin Alleva über die gewerkschaftliche Position

«Wir wollen eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU»



VANIA ALLEVA: «Wir haben ja nie generell Nein zu einem Rahmenabkommen gesagt, sondern uns gegen den damals konkret vorliegenden, inakzeptablen Vertragsentwurf von Aussenminister Cassis gewehrt. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Haben die Gewerkschaften ihre Haltung zum Verhältnis Schweiz – EU geändert? So, wie das bürgerliche Medien neuerdings behaupten? work hat bei Unia-Präsidentin Vania Alleva nachgefragt.

CLEMENS STUDER

work: Mehrere bürgerliche Medien berichten, die Gewerkschaften hätten ihre Einstellung zu einem Rahmenabkommen mit der EU geändert. Stimmt das?

Vania Alleva: Nein. Die Haltung der SGB-Gewerkschaften im allgemeinen und der Unia im speziellen ist die gleiche geblieben. Wir haben ja nie generell Nein zu einem Rahmenabkommen gesagt, sondern uns gegen den damals konkret vorliegenden, inakzeptablen Vertragsentwurf gewehrt.

Was waren die zentralen Punkte für die Ablehnung?

Das unter Federführung von Aussenminister Ignazio Cassis ausgehandelte Abkommen hätte die bestehenden Kontrollmechanismen zum Schutz der Schweizer Löhne zerstört. Damit wollten marktradikale Kreise – in der EU und in der Schweiz – die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU aus dem Weg räumen. Gegen diesen neoliberalen Angriff auf die Arbeitnehmerrechte haben wir uns kategorisch gewehrt. Erfolgreich!

Seite an Seite mit der SVP, wie manche behaupten...

...absolut nicht, das Gegenteil ist richtig. Die SVP ist nicht an Lohnschutz interessiert. Sie will Arbeitsmigrantinnen und -migranten diskriminieren und damit noch stärker ausbeuten, wohlwissend, dass damit auch die Löhne aller anderen unter Druck kommen. Solche Angriffe auf die Rechte der Arbeitenden bekämpfen wir vehement und bisher zum Glück erfolgreich, zuletzt beim Nein gegen die sogenannte Begrenzungsinitiative der SVP!

Sehen Sie, die SVP ist gegen gleiche Rechte und gegen Lohnschutz. Unser Nein war ein gezieltes, eines zum Rahmenabkommen in der von Bundesrat Cassis ausgehandelten Form. Die Unia als internationalistische Gewerkschaft mit Mitgliedern aus 150 Ländern setzt sich hingegen ein für die Personenfreizügigkeit mit starken Arbeitnehmerrechten, unabhängig der Herkunft. Darum sind wir auch für eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU.

Aber das Verhältnis zur EU nach dem Verhandlungsabbruch des Bundesrates ist eher frostig. Das ist fortschrittlichen Lösungen kaum zuträglich.

Das Verhältnis zur EU hat sich verhärtet, weil die Marktradikalen in der Schweiz den Marktradikalen in der EU Dinge versprochen haben, denen das Volk nie zustimmen würde: nämlich die Schleifung der flankierenden Massnahmen und freie Bahn für Sozial- und Lohndumper. Um einen Ausweg zu finden, braucht es einen politischen Paradigmenwechsel im Bundesrat: Er muss die Beziehung zu Europa auf den gemeinsamen Interessen aller Arbeitenden aufbauen, nicht auf Partikularinteressen einzelner Wirtschaftskreise. So gesehen hat das Nein zum verfehlten Rahmenabkommen den Weg freigemacht für einen echten Beitrag der Schweiz zu einem sozialen Europa. Die Schweiz muss ein

stabiles Verhältnis zur EU aufbauen, von dem die breite Bevölkerung profitiert: mit mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, Arbeitnehmerschutz und Personenfreizügigkeit.

Was heisst das konkret?

Innerhalb der EU ist einiges gegangen in den vergangenen Jahren. Ein Beispiel: Die EU hat 2017 Grundsätze für eine «europäische Säule sozialer Rechte» beschlossen und auf diesen aufbauend zukunftsweisende Richtlinien ausgearbeitet. Für verbesserte Mindeststandards bei Arbeitsverträgen; für die Durchsetzung von Lohngleichheit; für eine Elternzeit, die Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub ergänzt; für Mitbestimmungsrechte in Unternehmen; für die Gleichbehandlung von sogenannt atypischen Arbeitsverhältnissen wie Temporärarbeit usw.; für Mindestlöhne und die Förderung der GAV-Abdeckung und für die Stärkung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht. Die Schweiz muss sich zu diesen sozialen Grundsätzen bekennen. Das wäre im Interesse aller Arbeitenden in der Schweiz – und ein grosser und sinnvoller Schritt zur Entspannung des Verhältnisses zur EU.

Die EU hat also zumindest teilweise Rechte, deren Übernahme die Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz verbessern würde? Ja. Aber Achtung, das heisst nicht, dass die aktuellen flankierenden Massnahmen in der Schweiz aufgeweicht werden können!

Fortsetzung auf Seite 6



ILLU: WINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das BAZ

Zuerst zwei kurze Sätze und dann ein langer: Es war einmal ein Spital. Das heute eine Art Gefängnis ist. Doch leben dort hinter vergitterten Fenstern in Mehrbettzimmern, die regelmässig durchsucht werden, im Gebäude, das nur



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

durch Sicherheitsschleusen betreten und verlassen werden kann, das von Kameras überwacht und wo, wie die Briefträgerin aus sicherer Quelle weiss, die Post der Insassen und Insassinnen geöffnet wird, nicht Menschen, die ein Recht brachen, sondern im Gegenteil solche, die eines wahrnahmen: das Menschenrecht, ein Asylgesuch zu stellen.

UNIFORMIERTE. Das Bundesasylzentrum (BAZ) liegt auf einer ihrer Touren, weshalb die Briefträgerin sich ab und zu dort aufhalten muss. Oft wartet sie in der Loge auf unterschreibungsberechtigte Personen, und die Stimmung ringsum wirkt auf sie ein. Es wimmelt von Uniformierten, von denen manche einen freundlichen Eindruck machen, wogegen andere eine das Fürchten lehren könnten. Die Auskunftsperson hatte der Briefträgerin auch von Gewaltvorkommnissen seitens der Sicherheitsleute berichtet. Autor Usama Al Shahmani nennt in seinem eindrücklichen Roman «In der Fremde sprechen die Bäume arabisch» die Asylunterkunft nicht von ungefähr einen «Raum voller Leid».

BESCHWERDE. Einmal erlebte die Briefträgerin mit, wie zwei Polizeibeamte, eine Polizeibeamtin und drei Securitasleute breitbeinig anrückten, um einen Asylsuchenden abzuführen. Das Gerede des Wortführers war fremdenfeindlich und respektlos. Fluchtartig, aber nicht kommentarlos, verliess die Briefträgerin, sobald sie konnte, den Ort. Ihren Zorn verwandelte sie später in ein Schreiben an die Beschwerdestelle der Kantonspolizei. Und in eine work-Kolumne, die hier [rebrand.ly/bazpost](https://www.rebrand.ly/bazpost) nachzulesen ist. Die Antwort, die sie vom zuständigen stellvertretenden Kommandanten bekam, hielt fest, das Gespräch mit dem betreffenden Beamten habe ergeben, dass kein Fehlverhalten seinerseits vorliege.

FREMDER. Als sie kürzlich wieder im BAZ auf eine Unterschrift wartete, standen in der Nähe eine blonde Frau und ein etwa siebenjähriger Knabe, beide osteuropäisch aussehend. Der Junge sah zur Briefträgerin hin, erwiderte ihr Lächeln aber nicht. Er trug einen grünen Pullover. Quer über die Brust lief ein Schriftzug, aus dem ein gross geschriebenes Wort hervorstach: Stranger, «Fremder».

EU-Arbeitskämpfe Streikkraft ungebrochen

112 Tage mussten sie streiken, bis sie endlich einen erfolgreichen Abschluss erreichten: 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter des finnischen Papierkonzerns UPM. Im Januar waren sie mit ihrer Gewerkschaft Paperiliito in den Arbeitskampf getreten. Es ging um viel: Der Konzern wollte mit der finnischen Tradition brechen, Arbeitsbedingungen branchenweit



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

in Kollektivverträgen zu regeln. UPM wollte die Arbeitszeit verlängern und so den Stundenlohn um 20 Prozent senken. Und zudem 500 Mitarbeitende als «Kader» aus dem Kollektivvertrag ausgliedern. Aber die UPM-Chefs rechneten nicht damit, dass die Gewerkschaft einen Marathonstreik führen würde, der immer grösser werden sollte: Nach 100 Tagen waren sie schon 3000 Streikende. Schliesslich musste der Konzern einem Schlichtungsvorschlag zustimmen. Neu gibt es zwar mehrere Firmen-GAV bei UPM. Aber materiell bleiben sie auf dem Niveau des Branchenvertrags. Die Arbeitszeitverlängerung und die Ausgliederung von Mitarbeitenden musste sich UPM abschminken.

Streiken ist jetzt Sache der Frauen.

lich musste der Konzern einem Schlichtungsvorschlag zustimmen. Neu gibt es zwar mehrere Firmen-GAV bei UPM. Aber materiell bleiben sie auf dem Niveau des Branchenvertrags. Die Arbeitszeitverlängerung und die Ausgliederung von Mitarbeitenden musste sich UPM abschminken.

AUFGERAPPELT. In Europa wird wieder gestreikt. Zwar nicht mehr so viel wie in den streikfreudigen 1970ern. Nach dem damaligen Höhepunkt sank die Zahl der Arbeitskämpfe überall. In den letzten zehn Jahren haben sich die Gewerkschaften aber wieder aufgerappelt. Nur das Coronajahr 2020 erzwang einen Einbruch. Über die grösste Streikkraft verfügen die Gewerkschaften in Belgien, Frankreich und Italien. Weit schwächer sind sie in Österreich, Schweden und im Osten Europas. Und – nicht verwunderlich – in der Schweiz. Dazwischen liegt ein breites Mittelfeld, mit Finnland, Norwegen, Dänemark, Spanien, Portugal usw.

KITA-ERFOLG. Zu diesem Mittelfeld gehören auch die deutschen Gewerkschaften. Ihre Mitgliederzahlen sinken zwar seit längerem, ähnlich wie in der Schweiz. Aber ihre Streikkraft ist ungebrochen. Letztes Jahr gab es starke Streiks in den Spitätern Berlins wie auch in der Industrie. Jetzt gerade haben die Kita-Mitarbeitenden landesweit gestreikt. Erfolgreich (siehe Seite 2)! Novum in der Streikgeschichte im Dienstleistungsbereich: Streiken ist jetzt Sache der Frauen, sie stellen die Mehrheit der Streikenden. Und nicht mehr vor allem die Angelegenheit «harter Männer» in der Müllabfuhr.



Jetzt unterschreiben: SNB-Initiative

Die Initiative «Nationalbankgewinne für eine starke AHV» will einen Teil der Gewinne der Nationalbank (SNB) für die AHV verwenden. So können wir die dringend notwendige Erhöhung der AHV-Renten finanzieren. Lade jetzt den Unterschriftenbogen herunter: www.unia.ch/snb-initiative.ch/unia

20 Jahre Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union Nie mehr Saisonier-Statut!

Am 1. Juni 2002 war das unmenschliche Saisonier-Statut definitiv Geschichte. Die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten dauert jedoch an.

CLEMENS STUDER

Es ist ein Schandfleck in der Schweizer Geschichte: das Saisonierstatut. Es galt zwischen 1934 und 2002. Wortlaut und Zahlen wurden zwar einige Male angepasst, doch das Ziel blieb immer das gleiche: ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer rechtlich nur schwach geschützten «Manövriermasse der Wirtschaft» zu machen. Es fusste auf drei Säulen der Diskriminierung:

- Die Bewilligung war auf die Dauer einer Saison, höchstens aber auf neun Monate beschränkt. Danach mussten die Arbeitnehmenden die Schweiz für mindestens drei Monate verlassen.
- Der Familiennachzug war verboten.
- Den Saisoniers war der Stellen- und Ortswechsel grundsätzlich untersagt.

ERFOLGSGESCHICHTE, ABER...

Die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ist auch darum eine Erfolgsgeschichte, weil sie das Ende des Saisonierstatuts besiegelte. Mehr noch: Dank den von den Gewerkschaften erkämpften flankierenden Massnahmen dazu geniessen heute alle Arbeitnehmenden in der Schweiz Schutz vor Lohndumping. Doch trotz dieses grossen Fortschritts ist die Schwei-

Die rechten Parteien wollen das Saisonierstatut über Umwege wieder einführen.

zer Migrationspolitik auch heute noch ein Werkzeug zur Diskriminierung von Arbeitnehmenden.

Die Kontingentspolitik für Menschen aus sogenannten Drittstaaten treibt Arbeitnehmende in niedrig qualifizierten Berufen in die Illegalität – und damit in die Ausbeutung. Und selbst Lohnabhängige



UNSICHERE ZUKUNFT: Zwei Frauen aus Italien warten in Chiasso, 1950.

aus der EU, die mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung in der Schweiz sind, müssen unter prekären Umständen leben und arbeiten. Daran erinnerten Aktivistinnen und Aktivistinnen der Unia-Migration am 1. Juni auf dem Bundesplatz.

GESETZESWIDRIG

Unia-Mann Hilmi Gashi sagt zu work: «Die sogenannte L-Bewilligung ist für die Betroffenen ein Dauerprovisorium mit grossen Unsicherheiten.» Oft können Menschen mit L-Bewilligung keine eigene Wohnung mieten. Der Aufwand ist den Immobilienverwaltungen zu hoch. Gashi: «Das zwingt die Betroffenen in eine saisonierähnliche Wohnsituation und zu unfreiwilligen Saisonier-WGs.»

Die L-Bewilligung wird für einen bestimmten Zweck und für maximal ein Jahr ausgestellt. Der «bestimmte Zweck» kann dabei zum Beispiel ein berufliches Projekt sein, eine Ausbildung oder eine medizi-

nische Behandlung. Eigentlich sind das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) und das Freizügigkeitsabkommen klar: Allen Lohnabhängigen mit der Absicht, unbefristet in der Schweiz zu bleiben, und die zum Beispiel einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, muss eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Doch etliche Kantone foutieren sich darum. Sie stellen bei Stellenantritt routinemässig L-Bewilligungen aus. Damit werden sie formell zu Kurzaufenthalterinnen und Kurzaufenthaltern mit weniger Rechten. Manche Firmen schliessen absichtlich nur Arbeitsverträge über 364 Tage – und erneuern sie dann wieder. Obwohl das Gesetz solche Kettenarbeitsverträge verbietet.

Trotz vieler Fortschritte, die die Personenfreizügigkeit mit der EU und die flankierenden Massnahmen brachten – es gibt auch einige Verschlechterungen. Denn, so Unia-Mann Gashi: «Die Härte in der Migrationspolitik hat sogar zugenom-

men.» Und er bringt ein Beispiel: «Migrantinnen und Migranten, die in persönliche oder finanzielle Schwierigkeiten geraten, können das Aufenthaltsrecht verlieren.» Diese Zustände habe es nicht einmal zu Zeiten des Saisonierstatuts gegeben. Gashi: «Wer damals eine Niederlassungsbewilligung erlangte, hatte nach 15 Jahren einen relativ sicheren Aufenthalt in der Schweiz. Das ist heute nicht mehr der Fall.»

VORSTOSS

Der Grund dafür liegt im revidierten AIG. Seither müssen Menschen ohne Schweizer Pass, wenn sie in Not geraten, mit dem Verlust der Aufenthaltsbewilligung rechnen. Das auch nach Jahrzehnten in der Schweiz und obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind. Zum Beispiel wenn sie nach einem Jobverlust, nach einem Unfall oder schwerer Krankheit auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dieser unmenschlichen Praxis will die Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti einen Riegel schieben. Sie hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Die zuständige Kommission des Nationalrates ist dafür, jene des Ständerates dagegen. Als nächstes kommt das Geschäft in den Nationalrat.

Die Schweiz ist das Saisonierstatut zwar los – doch die rechten Parteien und Teile der Wirtschaft versuchen dauernd, es über Umwege wieder einzuführen.

Das work-Leseheft

Die Unia hat den Kampf gegen die Ausbeutung von migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern in ihrer DNA. Und auch work hat den Kampf gegen das Saisonierstatut dokumentiert und kommentiert. Zur einstigen Baracken-Schweiz erschien ein 48seitiges Bilder-Leseheft. Es ist gedruckt quasi vergriffen, kann aber online heruntergeladen werden: rebrand.ly/work-leseheft. (cs)

«Wir wollen eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU» Fortsetzung von Seite 5



Das tönt aber widersprüchlich.

Nein. Denn Richtlinien, Gesetze und Verträge nützen nichts, wenn sie nicht in der Praxis durchgesetzt werden können. Darum ist klar: jedes Land muss das Recht behalten, wirksame Kontrollmechanismen und den jeweiligen Arbeitsmärkten angepasste Mindeststandards für Arbeitsbedingungen und Löhne festzulegen, die natürlich für alle Arbeitnehmenden gelten müssen, unabhängig von ihrer Herkunft. Nur so lässt sich eine Angleichung des Lohnschutzes und der Löhne nach unten verhindern. Genauso wie es die Schweiz mit den Flankierenden macht.

Und was sagen die europäischen Gewerkschaften zu diesem Prinzip?

Wir führen einen gemeinsamen Kampf. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist angesichts der Lohnunterschiede zwar besonders exponiert, aber Lohndumping und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte sind überall ein Problem. Deshalb haben uns die europäischen Gewerkschaften auch unterstützt in unserem Kampf gegen das damals vorliegende Rahmenabkommen. Wir wollen eine soziale Schweiz in einem sozialen Europa. Und sie auch!

Gibt es weitere Ansätze, mit denen die Schweiz zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zur EU beitragen könnte?

Ja. Die Schweiz muss die Personenfreizügigkeit besser sozial absichern. Sie muss den Kern der Unionsbürgerrichtlinie übernehmen und damit die Aufenthaltssicherheit, die soziale Sicherheit und Familiennach-

zugrechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern verbessern. Ganz konkret auch im Fall von Arbeitslosigkeit. Keine Person darf bestraft werden, weil sie berechtigte Sozialhilfeleistungen bezieht. Zudem muss die Schweiz bei den Steuern einen grossen

«Bei den Steuern muss die Schweiz einen grossen Schritt auf die EU zugehen.»

Schritt auf die EU zugehen und die Steuerstandards angleichen. Die Unia unterstützt die Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbunds für eine europaweite Mindeststeuer von 25 Prozent. Dem sollte sich der Bundesrat anschliessen.

Wie stehen die Chancen für all das?

Das ist im Moment schwer zu sagen. Der Bundesrat redet zwar davon, «Regulationsunter-

schiede zu schliessen». Da sind wir auch dafür. Allerdings nicht, wenn damit ein zügelloser Wettbewerb auf dem Buckel der Arbeitnehmenden gemeint ist. Der Bundesrat soll stattdessen die Übernahme fortschrittlicher Normen im Bereich der Sozial- und Arbeitsrechte in Angriff nehmen. Auf dieser Basis kann er ein gutes Abkommen mit der EU aushandeln.

Ist das eine Verhandlungsanleitung für den Bundesrat?

Die Verhandlungsführung ist Sache des Bundesrates. Unsere Aufgabe ist es, die Rechte der Arbeitenden zu schützen. Hier in der Schweiz und in Zusammenarbeit mit den sozialen Kräften in der EU. Entscheidend ist für uns nicht die Form einer Vertragslösung, sondern ihr konkreter Inhalt. Er muss dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehmenden und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Nur daran werden wir das Ergebnis messen.



GEBALLTE WUT: Tausende demonstrieren am 14. Mai in San Francisco gegen die Verschärfung des Abtreibungsverbots, das die Ultrarechten und Ultrareligiösen gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchpeitschen wollen. FOTO: KEYSTONE

USA: 99 Jahre Gefängnis wegen Abtreibung

Kreuzzug gegen die Frauen

Das oberste US-Gericht will abtreibende Frauen zu Verbrecherinnen machen. Und das steckt dahinter.

OLIVER FAHRNI

19 erschossene Schulkinder: Ukraine? Nein, USA. Amerika führt Krieg gegen sich selbst. Alle paar Tage begeht dort ein Rassist oder ein anderer Irrer einen Massmord. Das zieht die Aufmerksamkeit von einem anderen Wahnsinn ab, der die USA einen grossen Schritt näher an einen rechtsextremen Gottesstaat bringt: Die Frauen in den USA verlieren gerade das Recht, über ihren eigenen Körper zu verfügen. Wer eine Schwangerschaft abbricht (was seit 1973 legal war), kann künftig in manchen Bundesstaaten mit bis zu 99 Jahren Gefängnis bestraft werden, teilweise sogar nach Vergewaltigungen.

TRUMPS TRUMPF

Das ist ein später Sieg des abgewählten Präsidenten Donald «Pussy-Grapscher» Trump. Zwar zeigen alle Umfragen, dass eine starke Mehrheit der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner Abtreibungen billigt. Aber das kümmert das oberste US-Gericht nicht. Sechs der neun Richter und Richterinnen wollen das Verbot dieser Tage definitiv beschliessen, auch Richterin Amy Coney Barrett. Sie ist eine katholische Fundamentalistin und ultrarechte Südstaatlerin, die Trump ins Amt gehievt hatte, als Richterin Ruth Bader Ginsburg 2020 starb. Ginsburg war eine liberale Vorstreiterin für die Rechte der Frauen und der Minderheiten gewesen.

Entworfen hat den Rechtspruch Samuel Alito. Abtreibung, sagte er, könne nicht legal sein, weil sich darüber in der US-Verfassung leider kein Wort finde. Ein heuchlerisches Argument. Denn in der Verfassung, die 55 Männer im Jahr 1787 aufgeschrieben hatten, findet sich auch sonst kein Wort über Frauen. Sie kommen gar nicht vor. Wen wundert's, denn weder in der verfassungsgebenden Versammlung sass eine einzige Frau noch in den Parlamenten der Bundesstaaten. Die Frauen hatten weder Wahl- noch Stimmrecht. «We the peo-

ple», schrieben die Verfassungsväter und meinten damit: «Wir, die weissen Männer».

Dahin möchten Alito und die Mehrheit der obersten Richter wohl zurück. Bereits haben 20 Bundesstaaten Gesetze vorbereitet, die den Schwangerschaftsabbruch zum Verbrechen erklären. Dann werden wohl wieder Tausende von Frauen in Hinterzimmern von «Engelmachern», bei Do-it-yourself-Abtreibungen oder an Komplikationen sterben. Ungezählte Frauen werden über einer unerwünschten Schwangerschaft in existentielle Not geraten. Nur die Privilegierten, die über reichlich Geld und Beziehungen verfügen, werden in Staaten mit liberalen Abtreibungsgesetzen (etwa nach Kalifornien) ausweichen können.

ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE

Ob die obersten Richter es mit der Abtreibung bewenden lassen, weiss niemand. Denn von Schwangerschaftsverhütung oder gleichgeschlechtlicher Ehe steht auch nichts in der Verfassung. Erst recht kein Wort über eine Reichensteuer oder soziale Gerechtigkeit. Das Wahlrecht der ärmeren US-Bevölkerung haben diese Richter schon 2013 ausgehöhlt. Das oberste Gericht ist mit beträchtlicher Macht ausgestattet und damit ein Treiber der Konterrevolution in den USA geworden.

Sein Abtreibungsverbot steht am Ende einer 30jährigen Kampagne, die Katholiken und Evangelikale gegen die Rechte der Frauen führen. Mit allen politischen und juristischen Mitteln, aber auch mit Terror gegen Kliniken, Patientinnen und Ärzte.

Sie nennen es einen «Kulturkampf». Das Wort täuscht. Um Ethik oder die «christliche Identität» der USA ging es in Wahrheit nie. Kreuzzügler gegen die Abtreibung wie Jerry Falwell, Bob Jones oder Paul Weyrich verteidigten jahrelang das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Lieber kämpften sie gegen die Gleichstellung der Schwarzen und gegen Bürgerrechte allgemein. Erst als sie damit in die Defensive kamen, zogen sie die Karte Abtreibung: So wird einmal mehr der Streit um demokratische Rechte



Frauenrechte: Der Westen baut ab

Gerade eben wurde die Fristenlösung in der Schweiz 20jährig. Das Problem Schwangerschaftsabbruch schien gelöst, wenigstens in Europa und in den USA. Man zeigte mit dem Finger auf islamische Regierungen, auf Afrika, die Philippinen, El Salvador, Nicaragua und Honduras. 2012 starben weltweit 47 000 Frauen bei Abtreibungen (WHO). Doch nun lässt Argentinien Abtreibungen zu, Kolumbien zog nach, und Chile wird es bald tun.

AUCH IN EUROPA. Heute rollen die schärfsten Angriffe gegen sämtliche Frauenrechte in den USA und in Europa, überall dort, wo die Rechtsextremen stark sind. Polen hat die Gesetze massiv verschärft, in Italien finden sich für eine Abtreibung kaum noch Ärztinnen und Ärzte, in Frankreich hat nur schärfster Widerstand der Frauen den Umsturz verhindert. Bisher. (off)

und soziale Gerechtigkeit auf dem Buckel, also am Körper der Frauen, ausgetragen. Vor allem weisser Frauen übrigens: Die vollziehen 60 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche in den USA.

Die radikalisierten Christen sind dabei nur die Vorhut, die nützlichen Idioten einer erstarrenden neofaschistischen Bewegung, die (nicht nur in den USA) die Demokratie attackiert. Ihre Kennzeichen sind weisser Rassismus und Männlichkeitswahn. Trump ist eines ihrer Produkte. Die Financiers dahinter, Banker, Öl-Oligarchen und neue Milliardäre wie der Daten-Kapitalist Peter Thiel («Palantir») oder die Gebärdensprache-Koch fürchten Umverteilung, einschneidende Umweltgesetze und die Demokratie.

Wie sagt die amerikanische Denkerin Nancy Fraser: «Wollen Feministinnen die kommenden Desaster abwenden, müssen sie Gleichstellung, das Soziale, Antirassismus und Ökologie zusammendenken.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SCHWEIZ FINANZIERT PUTIN

Josef Lang ist einer der einflussreichsten Historiker seiner Generation. Und vor allem: Anders als viele Kolleginnen und Kollegen seiner Zunft spricht er eine wohlthuend klare und deutliche Sprache. Lang: «Pro Jahr verdient der russische Staat rund 200 Milliarden Dollar mit Erdöl- und Gasexporten.

Die Schweizer Banken wollen mit den Freunden Putins um jeden Preis im Geschäft bleiben.

Zwischen 60 und 80 Prozent dieses Handels laufen über die Schweiz, insbesondere über Genf, Zug und Lugano.

Allein im Jahr 2016 haben die beiden Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse den in der Schweiz tätigen russischen Unternehmen 300 Milliarden US-Dollar geliehen. Dutzende Firmen, die Oligarchen gehören, operieren in der Schweiz. Auf Schweizer Bankkonten lagern 150 bis 200 Milliarden US-Dollar russischer Oligarchengelder.» Langs Fazit: «Als internationale Drehscheibe für die russischen Vermögen finanziert der schweizerische Finanzplatz die Kriegsmaschine des Kremls.»

BESCHÄMEND. Die Schweizerische Bankiervereinigung bestätigt die Summe der hier gelagerten russischen Vermögenswerte. Und was tut das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin? Beschämend wenig.

Etwas mehr als 7 Milliarden US-Dollar von Oligarchenvermögen wurden vom Bundesrat bis anhin beschlagnahmt. Wie rechtfertigt er sich? «Technische Probleme» erschwerten die Identifikation der russischen Gelder.

Wie liederlich das Seco arbeitet, zeigt ein jüngster Vorfall. Andrei Melnitschenko ist einer der reichsten Männer der Welt. Intimer Freund und Financier von Putin, gilt er als «König» des weltweiten Düngemarktes. Er lebt in St. Moritz. Die Zeitschrift «Forbes» schätzt sein verfügbares Vermögen auf 26 Milliarden Dollar. Dieses Geld hätte das Seco nach der von der Schweiz eingegangenen internationalen Verpflichtung beschlagnahmen müssen. Doch Bern tat nichts. Melnitschenko überschrieb seine in der Schweiz gelagerten Vermögenswerte in einer Blitzaktion seiner Frau Aleksandra. Das Seco hatte dagegen nichts einzuwenden. Der Oligarch entkam so völlig legal der Beschlagnahmung.

ZUERST DER FINANZPLATZ. Warum die merkwürdige Trägheit des Seco? Die meisten internationalen Beobachterinnen und Beobachter hegen einen Verdacht. Der Schweizer Bundesrat – in seiner bürgerlichen Mehrheit – will nicht zuallererst die russische Finanzierung des fürchterlichen Angriffs auf die Ukraine verhindern. Er will zuallererst den helvetischen Finanzplatz schützen. Einmal werden die EU- und Uno-Sanktionen ein Ende finden. Die beschlagnahmten Oligarchengelder werden dann wieder freigegeben. Die Schweizer Banken wollen mit den Freunden Putins um jeden Preis im Geschäft bleiben. Cédric Wermuth und Mattea Meyer, das Co-Präsidium der SP, wollen radikale Abhilfe schaffen. Per Motion verlangt ihre Partei vom Bundesrat, ein neues Gesetz zu erarbeiten, das erlauben soll, die beschlagnahmten Oligarchengelder zu enteignen. Sie sollen zum Wiederaufbau der Ukraine an die Regierung in Kiew überwiesen werden. Meyer und Wermuth gehört unsere **energische Unterstützung.**

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Smood-GAV: Das sagt Syndicom

Den Syndicom-GAV hat Zentralsekretär David Roth unterschrieben, der auch SP-Vizepräsident ist. Auf die Fragen von work antwortet aber Mediensprecher Matthias Loosli. Er sagt, nicht Syndicom habe die Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Unia gebrochen, sondern die Unia. Dann nämlich, als diese «versuchte, Smood dem GAV Gastgewerbe zu unterstellen».

Über diese Darstellung der Dinge kann Unia-Geschäftsleitungsmitglied Véronique Polito nur lachen. Sie sagt: «Das war nicht die Unia, die das entschieden hat, sondern die zuständige Aufsichtskommission des Gastgewerbes. Die Unia hat Syndicom lediglich vor langer Zeit auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass die Mindestregelungen des Gastro-GAV gemäss Geltungsbereich auch für Essenskuriere gelten.»

GROBER UNSINN. Zur Anwendung des Gastro-GAV sagt Syndicom-Medienprecher Loosli weiter: «Mit einer Unterstellung unter den Gastro-GAV hätten wir die Arbeitsbedingungen der Kurierfirmen massiv unterboten.» Man habe das der Unia mitgeteilt und damit die Zusammenarbeit beendet.

Auch über diese Behauptung kann Unia-Geschäftsleitungsmitglied Polito nur den Kopf schütteln: «Das ist grober Unsinn! Der Smood-GAV von Syndicom ist insgesamt schlechter als der Gastro-GAV, das ist das Problem.» Das zeigt schon nur die zentralen Schlüsselwerte (siehe Tabelle rechts), auf denen auch die Forderungen der streikenden «Smooddeurs» basierten. Polito weiter: «Abgesehen davon ist es durchaus möglich, einen Firmen-GAV auszuhandeln, der besser ist als der entsprechende Branchen-GAV.» Und beim Smood-GAV handle es sich genau um so einen Firmenvertrag.

KEIN HEBEL. Bleibt die Frage an Syndicom, wieso die Gewerkschaft einen GAV abgeschlossen hat, der noch schlechter ist als die Empfehlungen der kantonalen Genfer Schlichtungsbehörde CRCT (siehe ebenfalls Tabelle rechts). Dazu Mediensprecher Loosli: «Die Schlichtung ist gescheitert und bietet damit keinen Hebel für die Durchsetzung von Forderungen.» (che)

Nach dem Streik: Plötzlich taucht ein Gesamtarbeitsvertrag auf Der Hinterrücks-Vertrag von Syndicom mit Smood

Der Essenslieferdienst Smood schmückt sich neu mit einem Gesamtarbeitsvertrag. Und der geht sogar noch hinter die Empfehlungen der Schlichtungsbehörde des Kantons Genf zurück.

CHRISTIAN EGG

Smood-Fahrer Paulo Almeida* traute seinen Augen nicht, als er am 19. Mai eine Nachricht seines Arbeitgebers auf sein Handy bekam. Mit der Frage: «Sind Sie für den Gesamtarbeitsvertrag, den Syndicom und Smood ausgehandelt haben?» Ein GAV mit Smood? Woher tauchte der plötzlich auf?

Zur Erinnerung: Fünf Wochen hatte Almeida letzten Winter gestreikt, zusammen mit Kolleginnen und Kollegen in elf Städten. Es war der grösste Arbeitskampf im Land seit längerer Zeit. Mutig machten die streikenden «Smooddeurs» publik, wie mies ihre Arbeitsbedingungen beim Essenslieferdienst sind. Und verlangten bessere Löhne, faire Spesen usw. Dabei stützten sich

«Das Papier hat den Namen GAV nicht verdient.»

SMOOD-FAHRER PAULO ALMEIDA

die Streikenden auf den GAV Gastgewerbe (siehe Spalte links und Tabelle rechts). Am Ende des Streiks mischte sich die Schlichtungsbehörde des Kantons Genf in den Arbeitskonflikt ein und empfahl Smood, zentrale Forderungen der Fahrerinnen und Fahrer umzusetzen (work berichtete: rebrand.ly/smoodfolgen). Doch es passierte nichts.

Und jetzt hat Smood plötzlich einen GAV abgeschlossen? Noch dazu mit der Gewerkschaft Syndicom? Wo doch rund 160 Fahrerinnen und Fahrer der Gewerkschaft Unia das Mandat gaben, sie zu vertreten? Tatsächlich haben Smood und Syndicom den GAV in aller Heimlichkeit geschrieben. Hinter dem Rücken der Unia und ohne Wissen der allermeisten Fahrerinnen und Fahrer (siehe Interview unten). Damit nicht genug: Dieser GAV ist nicht mal gut. In

* Name geändert

Smood-GAV im Vergleich: Syndicom-Vertrag schneidet schlecht ab
Zur Beilegung des Streiks gab die kantonale Genfer Schlichtungsbehörde CRCT Empfehlungen an Smood ab (blaue Spalte). Die streikenden «Smooddeurs» stützen sich bei ihren Forderungen auf den Gastro-GAV (grüne Spalte).

	Empfehlung CRCT	GAV Gastgewerbe	GAV Smood
Stundenlohn*	Fr. 25.74	Fr. 23.36**	Fr. 23.–
Kanton Genf (Mindestlohn)	Fr. 26.04	Fr. 26.28	–
Wartezeiten (Simple Pay)	voller Lohn	voller Lohn	keine Regelung
garantierte Arbeitszeit pro Woche	17 Stunden	laut Arbeitsvertrag	4 Stunden
Autospesen	verhandeln	effektive Kosten (lt. Gesetz)	Pauschale***
Kontrollen	–	ja, über 5000 pro Jahr	keine

* Mindestlohn inklusive Ferien- und Feiertagsentschädigung.

** kann während der Einführungszeit unter bestimmten Voraussetzungen um 8% unterschritten werden.

*** unklar, wie die Kilometer berechnet werden. Kein individueller Anspruch.

QUELLE: UNIA

wichtigen Streitpunkten geht er hinter das zurück, was die Schlichtungsbehörde des Kantons empfiehlt oder der Gastro-GAV regelt (siehe Tabelle). Kein Wunder, dass auch das Genfer Unterstützungskomitee für die Streikenden, zu dem auch Grüne und SP-Mitglieder gehören, den Smood-GAV scharf kritisiert: «Nein zu einem GAV, der prekäre Verhältnisse verankert!»

Hier die Eckwerte im Smood-GAV:

DER LOHN-TRICK. Die Schlichtungsbehörde erachtet einen Basis-Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde als angemessen, plus Zuschläge für Ferien und Feiertage. Smood brüstet sich nun mit diesem Mindestlohn – aber die Zuschläge sind darin bereits enthalten. Der Basislohn im GAV beträgt nur 20 Franken 56. Und das ist exakt so viel, wie Smood heute schon bezahlt.

DAS MINI-MINIMUM. Smood zerstückelt die Arbeit in Schichten. Es gilt: Wer sich zuerst für eine Schicht meldet, bekommt sie, die anderen gehen leer aus. Die kantonale Schlichtungsbehörde aber empfiehlt ein garantiertes Minimum von 17 Einsatzstunden pro Woche. Im GAV sind es jetzt nur 4 Stunden. Das ergibt ein gesichertes Einkommen von 356 Franken Basislohn pro Monat.

GRATISARBEIT KOMMT NICHT VOR. Wer beim Smood-Subunternehmen Simple Pay unter Vertrag ist, leistet täglich Gratisarbeit (work berichtete). Denn für Wartezeiten und Rückfahrten gibt's keinen Lohn. Die Schlichtungsbehörde fand das «nicht akzeptabel». Die «Smooddeurs» hätten Anrecht auf Lohn während der gesamten Schicht. Doch der Smood-GAV sagt dazu nichts. Simple Pay ist gar nicht Partnerin des Vertrags.

WO SIND DIE SPESEN? Die meisten «Smooddeurs» sind mit dem eigenen Auto unterwegs. Der GAV sieht dafür jetzt eine Entschädigung pro Kilometer vor, auf Basis der TCS-Richtlinien. Immerhin. Er lässt aber offen, welche Kilometer zählen: Nur die Lieferungen oder auch die Rückfahrten? Syndicom versichert auf Anfrage: «Sämtliche Kilometer, die während der Schicht gefahren werden.» Ob Smood dies auch so sieht, wissen wir nicht. Die Firma hat auf die Anfragen nicht reagiert.

Im GAV enthalten ist auch ein Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit: Fünf Prozent. Fahrer Almeida hat dafür nur ein Wort: «Lächerlich.» Zum Vergleich: Bei Coop liegt der Sonntagszuschlag zwischen 50 und 75 Prozent. Für Almeida ist klar: «Das Papier hat die Bezeichnung Gesamtarbeitsvertrag nicht verdient.»

Unia-Geschäftsleitungsmitglied Véronique Polito zum Smood-GAV von Syndicom: «Das ist ein Vertrauensbruch»

Die Gewerkschaften Unia und Syndicom hatten eine Vereinbarung, dass sie in Sachen Smood zusammenarbeiten. Nun hat Syndicom einseitig einen unbefriedigenden GAV mit dem Kurierdienst abgeschlossen. Die Unia ist konsterniert.

CHRISTIAN EGG

work: Smood und Syndicom haben einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Was sagen Sie als Zuständige in der Unia-Geschäftsleitung zu diesem Coup?

Véronique Polito: Dieser GAV löst kein einziges Problem. Die Kurierinnen und Kuriere haben vor allem bei den Spesen und der bezahlten Arbeitszeit Verbesserungen verlangt. Und diese Punkte sind in diesem GAV überhaupt nicht zufriedenstellend geregelt. Syndicom hat zugelassen, dass in diesem Vertrag jetzt einseitig die Interessen von Smood verankert

sind – und nicht jene der Fahrerinnen und Fahrer.

Aber die haben ihm mehrheitlich zugestimmt...

Die Umfrage ist nicht demokratisch verlaufen: der Absender war der Arbeitgeber, und die Umfrage ist über die Smood-App abgewickelt worden, das heisst ohne Datenschutz. Viele haben sich gar nicht getraut, ihre Meinung frei zu äussern. Gemäss GAV-Text kann nämlich eine Ablehnung des GAV zu einer Kündigung führen. Das ist abschreckend. Und zudem haben auch nicht alle Kurierinnen und Kuriere die Nachricht bekommen, wie unsere Mitglieder berichtet haben.

Hat die Unia gewusst, dass Syndicom und Smood GAV-Verhandlungen führen?

Nein, wir wussten nichts davon. Am Tag, als der GAV verkündet wurde, haben wir nicht einmal eine Kopie

der Medienmitteilung erhalten, wie das sonst unter Gewerkschaften üblich ist. Auch die vielen Fahrerinnen und Fahrer, die mit uns in Kontakt

«Offenbar wollten Smood und Syndicom uns möglichst lang im Dunkeln lassen.»

stehen, haben im Vorfeld nichts gewusst. Offenbar wollten Smood und Syndicom uns möglichst lang im Dunkeln lassen.

Während des Smood-Streiks im letzten Winter hatten wir erfahren, dass es informelle Diskussionen zwischen Syndicom und Smood gab für einen eventuellen GAV. Wir nahmen dann mit Syndicom Kontakt auf und unterschrieben schliesslich eine gemeinsame Vereinbarung. Sie besagt, dass Unia und Syndicom in Sachen Smood zusammenarbeiten. Unia-sei-

tig haben wir diese Vereinbarung eingehalten und Syndicom in die Verhandlungen und im Schlichtungsverfahren mit Smood einbezogen. Danach aber hat Syndicom plötzlich jede weitere Zusammenarbeit mit uns verweigert. Dass Syndicom jetzt hinter dem Rücken der Fahrerinnen und Fahrer und ohne uns einzubeziehen diesen GAV ausgehandelt hat, ist unglaublich und ein Vertrauensbruch.

Mitte Mai reichten die ersten Smood-Fahrenden Klage gegen Smood vor Gericht ein, unterstützt von der Unia. Kurz darauf präsentieren Smood und Syndicom ihren GAV. Kann das Zufall sein?

Das ist in der Tat interessant! Smood war wohl unter Druck, auch von der Migros als Miteigentümerin von Smood. Ich kann mir gut vorstellen, dass Smood darauf gedrängt hat,



VÉRONIQUE POLITO. FOTO: UNIA

diesen Vertrag schnell abzuschliessen. Und das möglichst ohne Einbezug der vielen Mitarbeitenden, die sich am Streik beteiligt hatten, damit die nicht noch ihre Forderungen einbringen können.

Und wie geht es jetzt weiter?

Es braucht nun sicher eine Klärung mit Syndicom. Im Interesse der Arbeitnehmenden ist es zentral, dass die relevanten Gewerkschaften miteinander reden und zusammenarbeiten. Das ist zumindest die Überzeugung der Unia.

Frauen und Männer sind gleichgestellt? Von wegen!

Ungleichheit in Zahlen

Das Geschlecht bestimmt, wer wie viel hat. Das gilt beim Lohn genauso wie bei der unbezahlten Haus- und Sorgarbeit und schliesslich bei der Rente. Das zeigen die Statistiken. Hier einige prägnante Zahlen, zusammengestellt von Marie-Josée Kuhn.

37 Prozent

37 Prozent weniger Rente erhalten Frauen als Männer (AHV und BVG zusammengefasst). Vor allem wegen der Pensionskassen. Denn diese sind für tiefe Einkommen und Teilzeitarbeitende noch unvorteilhafter als für alle anderen Lohnabhängigen.

23 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind ausschliesslich in der AHV fürs Alter versichert. Darum ist die AHV für Frauen besonders wichtig.

-47,4 Prozent

Verheiratete Frauen haben im Alter durchschnittlich 47,4 Prozent weniger Rente als verheiratete Männer.

41 Jahre

Seit 1981 verbietet die Bundesverfassung die Lohndiskriminierung der Frauen. Und seit 26 Jahren auch das Gleichstellungsgesetz. Dennoch beträgt die Lohndiskriminierung der Frauen immer noch rund 20 Prozent. Tendenz wieder steigend!

5,6 Prozent

Die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein Jahr entspricht umgerechnet einer Rentensenkung um 5,6 Prozent.

30,2 Stunden

So viel Gratis-Haus- und Familienarbeit leistet eine Frau durchschnittlich pro Woche. Ein Mann dagegen nur 19,3 Stunden.

-41,4 Prozent

Mütter haben im Durchschnitt eine 41,4 Prozent kleinere Rente als Väter.

63 Prozent

Die PK-Renten sind bei Frauen 63 Prozent tiefer als bei Männern. Die AHV-Renten sind bei Frauen und Männern dagegen praktisch gleich hoch.

8300 Franken

Um so viel Geld wird jede Berufsfrau in der Schweiz im Schnitt geprellt, weil sie eine Frau ist und kein Mann. Und dies pro Jahr! Diese Zahl ist nur jener Teil des Lohnunterschieds, der nicht durch Faktoren wie fehlende Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar ist. Sondern rein durch Diskriminierung.

100 Milliarden Franken

So viel verdienen die Frauen in der Schweiz pro Jahr insgesamt weniger als die Männer. Auch wenn sie gleich viele Stunden arbeiten. Weil sie viel mehr unbezahlte Arbeit leisten und/oder viel mehr schlechter bezahlte Arbeit.

60 Prozent

der 25-54jährigen Berufsfrauen arbeiten Teilzeit, insbesondere wenn sie Kinder haben. Bei den Männern sind es dagegen nur 11,7 Prozent. Bei ihnen spielt die Familiensituation keine Rolle.



work
kommentar
Marie-Josée Kuhn

FRAUENRENTE: DER KLEINE UNTERSCHIED

Gleichheit ist nicht gleich Gerechtigkeit. Und der kleine Unterschied hat grosse Folgen. Zum Beispiel bei der Diskussion ums gleiche Rentenalter für Frau und Mann. Das möchten mehr und mehr Linke bis Linksliberale aber lieber ignorieren. Wie sonst könnten sie Ja sagen zur Heraufsetzung des Frauenrentenalters? Und sich dabei erst noch fortschrittlich oder gar feministisch fühlen?

Tatsache ist: Eine Gleichstellung von nicht Gleichgestellten hat noch nie zu mehr Gerechtigkeit geführt. Ganz im Gegenteil. Nehmen Sie

Gleichheit ist nicht gleich Gerechtigkeit.

zwei Bébés, das eine unterernährt, das andere mehr als gut genährt. Und Sie geben denen gleich viel Brei. Sie behandeln sie also

genau gleich. Und denken, das sei gerecht. Ist es aber nicht. Denn das unterernährte Kind bräuchte mehr Essen, es muss schliesslich an Gewicht zulegen. Es muss Entbehrungen aufholen. Während das andere, das überernährte, mal etwas weniger reinziehen sollte. Schon nur aus gesundheitlichen Gründen! Gerecht wäre hier also eine ausgleichende Gerechtigkeit. Und nicht die Gleichbehandlung. Weil diese die Ungleichheit noch vergrössert.

LOHN- UND RENTENLÜCKE. Und so ist das auch mit der Gleichbehandlung von Mann und Frau. Zum Beispiel bei der Angleichung des Rentenalters. Auch sie ist ungerecht und ungesund und führt zur Fortschreibung der Ungerechtigkeit. Denn die Frauen in der Schweiz sind in der Erwerbs- und Care-Arbeit immer noch massiv diskriminiert (siehe Zahlen links).

Immer noch verdienen wir rund 20 Prozent weniger für die gleiche Arbeit als die Männer. Auf's ganze Erwerbsleben von 43 Jahren hochgerechnet, beträgt dieser Lohnschiss für jede Berufsfrau im Schnitt 357 000 Franken. Diese Zahlen zeigen nur jenen Teil des Lohnunterschieds, der nicht durch Faktoren wie Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar ist. Sondern rein durch Diskriminierung. Also weil eine Frau eine Frau ist und kein Mann.

Kleiner Unterschied und grosse Folgen auch bei den Renten. Frauen haben 37 Prozent weniger Rente als Männer. Ein Drittel der Frauen hat überhaupt keine Pensionskasse. Die Gründe für diese krasse Frauenrentenlücke: Ehe und Kinder! Denn hierzulande rutschen Mütter und Väter noch immer rasch in die klassische Rollenverteilung. Oft nicht freiwillig. Doch das rächt sich in der Pensionskasse: Sie bestraft für jede Erwerbslücke und jede Reduktion des Pensums.

GRATIS-ARBEIT. Und dann wäre da auch noch die ganze Gratisarbeit, die die Frauen zu Hause mehr leisten als die Männer. Die Ökonomin Mascha Madörin hat sie berechnet und kommt auf einen Betrag von 100 Milliarden Franken. Pro Jahr! So viel wert ist die Haus-, Betreuungs- und Familienarbeit, die Frauen mehr leisten als Männer, wenn man sie kapitalisiert. Immer noch sind die meisten Männer in Vollzeit erwerbstätig, während die meisten Frauen nur eine Teilzeitstelle haben. Weil sie daneben den Monsteranteil an unbezahlter Care-Arbeit übernehmen, arbeiten sie unter dem Strich aber ziemlich genau gleich viele Stunden wie Männer! Aber eben: mit viel weniger Lohn und Rente. Also bitte, liebe vernünftige Leute: Solange solch krasse Gräben zwischen den Geschlechtern klaffen, hilft nur ein entschiedenes Nein. Nein zur Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65! Denn das ist nur gerecht.

Das Parlament will das Frauenrentenalter erhöhen und behauptet, das sei Gleichstellung. «Nicht mit uns!» sagen diese Frauen.

Hände weg von unseren Renten!



FOTO: MATTHIAS LUGEN



FOTO: SEVERIN VONNOR



FOTO: NICOLAS ZWIV



FOTO: FRANZISKA SCHIEDERGER

Clotilde Pinto (59), Verkäuferin, Vevey VD
«Bald bis 70 chrampfen?»

«Ich bin hässig, wie Tausende Frauen in der ganzen Schweiz! Jetzt sollen wir bis 65 arbeiten, dann wohl bis 67, dann bis 70. Das geht nicht und schon gar nicht im Detailhandel. Weil es gesundheitlich schlicht nicht möglich ist. Viele haben 10- bis 14-Stunden-Tage, die Arbeit an der Kasse ist stressig, und im Gemüse-und-Früchte-Rayon müssen die Frauen schwer schleppen. Die wenigsten schaffen es gesund bis zum 50. Lebensjahr. Ich selbst kann nur noch 50 Prozent arbeiten, weil ich gesundheitlich angeschlagen bin.»

Fabienne Binggeli (30), Malerin, Bern
«Hätten wir Gleichstellung ...»

«Hätten wir sonst überall Gleichstellung, könnten wir von mir aus übers Rentenalter diskutieren. Aber so weit sind wir ja noch lange nicht! Frauen verdienen immer noch weniger und schultern den Grossteil der unbezahlten Arbeit. Im Alter stehen wir dann mit leeren Händen da. Meine Mutter zum Beispiel: Sie hat auf dem Bauernhof gearbeitet, uns Kinder grossgezogen und daneben nur zu einem kleinen Pensum auf dem Beruf arbeiten können. Ihr bleibt nicht viel mehr als die AHV und dort nicht einmal der volle Betrag.»

Ursula Mattmann Alberto (75), Rentnerin, Schwerzenbach ZH
«Mehr AHV, nicht weniger!»

«Schon jetzt gibt es immer mehr ältere Arbeitslose. Und trotzdem sollen wir immer später in Rente können? Das ist doch blödsinnig! Sollen die Leute denn noch länger arbeitslos sein und ausgesteuert werden? Das wirkt sich ja auch auf die Rente aus. Und dort haben Frauen ohnehin schon ein Drittel weniger als Männer, weil sie weniger verdienen und nicht die gleichen Karrierechancen haben. Wovon sollen wir denn noch leben? Da ist doch klar: Was wir brauchen, ist mehr AHV, nicht weniger!»

Lea Daum (32), Pflegerin, Biel
«Frauenlöhne müssen rauf»

«Die, die jetzt das Frauenrentenalter erhöhen wollen, behaupten, es gehe um Gleichstellung. Das ist Unsinn. Gleichstellung kann doch nicht damit anfangen, die Lebenssituation der Frauen zu verschlechtern! Echte Gleichstellung wäre es, die Löhne in den klassischen «Frauenberufen» zu erhöhen, die unbezahlte Sorge- und Hausarbeit zu entschädigen und dafür zu sorgen, dass diese Care-Arbeit besser aufgeteilt werden kann. So könnten Frauen dann endlich auch gleich fürs Alter ansparen wie Männer.»

Lohnvergleichsprüfungen für Firmen: Der ganz faule Trick

Seit dem 1. Juli 2020 sind alle Unternehmen in der Schweiz mit 100 und mehr Mitarbeitenden verpflichtet, ihre Löhne auf Lohn-diskriminierung hin zu prüfen. Nur: Den Frauen bringt's nichts.

Die Überprüfungspflicht betrifft gerade mal 0,9 Prozent aller Unternehmen und damit nur die Hälfte aller Beschäftigten. Und das ausgerechnet in einem Land der Kleinunternehmen! Der Bundesrat wollte eigentlich alle Betriebe ab 50 Mitarbeitenden in die Pflicht nehmen, aber die rechte Mehrheit im Parlament sagte Nö. Aber seien wir mal nicht kleinlich. Bringt diese Gesetzesrevision trotzdem was? Hat sie sich gelohnt? Für die Frauen?

GUGUS. DADA. Schauen wir den gesetzlich vorgegebenen Ablauf mal an: Die betroffenen 0,9 Prozent Betriebe bekamen ein Jahr Zeit, bis zum 1. Juli 2021, ihre Löhne selbst oder durch von ihnen bestimmte Fachleute prüfen zu lassen. Danach ein weiteres Jahr, bis zum 1. Juli 2022, um die korrekte Durchführung der Analyse durch eine externe Stelle begutachten zu lassen.

Und ab jetzt haben die Betriebe nochmals ein Jahr Zeit, bis zum 1. Juli 2023, um die Mitarbeitenden über die Resultate der Lohnanalyse zu informieren.

Die Analyse dürfen die Betriebe mit dem Instrument «Logis» machen, einer Regressionsanalyse, die eine 5-Prozent-Toleranzschwelle vorsieht, um allfällige Ausreisser bei den Löhnen zu glätten. Konkret heisst das, dass eine Lohn Differenz zwischen den angestellten Männern und Frauen, die unter die 5prozentige Toleranzschwelle nirgends geritzt werde, man aber bei näherem Hinsehen tatsächlich eine unerklärliche Lohn Differenz zwischen Frauen und Männern festgestellt habe. Die Frauen würden tatsächlich weniger verdienen als die Männer, aber das sei sicher wegen der Erwerbsunterbrüche bei den Frauen. Die hätten eben andere Erwerbsbiographien als die Männer. Das Unerklärliche sei also erklärbar. Aha! Und autsch! Denn schon ist der Betrieb ab sofort nicht mehr in der Pflicht, je wieder eine Analyse machen zu müssen.

Die Gewerkschaften wollten Sanktionen und schwarze Listen.

Was, so fragt frau sich, meinen eigentlich die beiden grossen Dachverbände Travail Suisse und SGB zu dieser Gesetzesrevision? Schliesslich hatten sie mal grosse Forderungen: Sie

wollten den Kündigungsschutz für Lohnvergleichsprüfungen ausbauen, sie wollten volle Transparenz zu den Lohn Daten, sie wollten Sanktionen für Unternehmen, die Frauen diskriminieren, und sie wollten schwarze Listen. Nun war der SGB über das Ergebnis zwar furchtbar enttäuscht, aber alles in allem sei es «ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung». Auch Travail Suisse war sehr frustriert, aber die Revision sei doch «ein grosser gewerkschaftlicher, sozialpartner-schaftlicher und politischer Erfolg». Fragt sich, warum sich die Dachverbände rhetorisch so verrenken? Weil es ein gewerkschaftspolitisches Prinzip gibt, das heisst, dass man nie, nie, aber auch gar nie ein Scheitern eingestehen darf? Für die Frauen jedenfalls sind diese Lohnvergleichsprüfungen ein ganz fauler Trick. Mehr Lohn? Fehlzanzeige! Und noch schlimmer: Mit diesem faulen Trick ist der Druck für echte und dringende Verbesserungen am Gleichstellungsgesetz auf Jahre hinaus weg.

Was, so fragt frau sich, meinen eigentlich die beiden grossen Dachverbände Travail Suisse und SGB zu dieser Gesetzesrevision? Schliesslich hatten sie mal grosse Forderungen: Sie



Dore Heim.
 FOTO: NICOLAS ZWIV

wollten den Kündigungsschutz für Lohnvergleichsprüfungen ausbauen, sie wollten volle Transparenz zu den Lohn Daten, sie wollten Sanktionen für Unternehmen, die Frauen diskriminieren, und sie wollten schwarze Listen. Nun war der SGB über das Ergebnis zwar furchtbar enttäuscht, aber alles in allem sei es «ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung». Auch Travail Suisse war sehr frustriert, aber die Revision sei doch «ein grosser gewerkschaftlicher, sozialpartner-schaftlicher und politischer Erfolg». Fragt sich, warum sich die Dachverbände rhetorisch so verrenken? Weil es ein gewerkschaftspolitisches Prinzip gibt, das heisst, dass man nie, nie, aber auch gar nie ein Scheitern eingestehen darf? Für die Frauen jedenfalls sind diese Lohnvergleichsprüfungen ein ganz fauler Trick. Mehr Lohn? Fehlzanzeige! Und noch schlimmer: Mit diesem faulen Trick ist der Druck für echte und dringende Verbesserungen am Gleichstellungsgesetz auf Jahre hinaus weg.

Was, so fragt frau sich, meinen eigentlich die beiden grossen Dachverbände Travail Suisse und SGB zu dieser Gesetzesrevision? Schliesslich hatten sie mal grosse Forderungen: Sie

*Dore Heim (62) ist Historikerin und Gewerkschafterin. Von 2012 bis 2020 war sie SGB-Zentralsekretärin.

Altersvorsorge: 13. AHV-Rente und Nationalbankgewinne für die AHV Volksvermögen in die Volksversicherung

Wenn es der Mehrheit in diesem Land im Alter besser gehen soll, muss die AHV gestärkt werden. Wie, das zeigen die Gewerkschaften. Und auch, wie das finanziert werden kann.

CLEMENS STUDER

10 Prozent der frisch Pensionierten müssen vom ersten Tag an Ergänzungsleistungen beantragen, weil sonst das Geld nicht zum Überleben reicht. Das widerspricht dem Verfassungsauftrag. Und ist entwürdigend für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben – erst noch in einem der reichsten Länder der Welt. Besonders problematisch ist die Rentensituation der Frauen: 38 Prozent der Rentnerinnen leben nämlich einzig von der AHV. Sofern Frauen überhaupt eine Pensionskassenrente erhalten, ist diese im Durchschnitt nur halb so hoch wie jene der Männer. Und ganz besonders prekär ist die Lage der Frauen in Tieflohnbranchen: Sie erhalten von der Pensionskasse nur 50 bis 800 Franken (siehe auch Seite 9).

Das sind die Fakten. Und den rechten Parteien und den Arbeitgeberverbänden fällt dazu nur im-

mer das gleiche ein: Renten kürzen! Ihr neuester Plan: den Frauen Jahr für Jahr 1200 Franken weniger Rente bezahlen. Denn nichts anderes bedeutet eine Rentenaltererhöhung gemessen an der Medianrente – die Hälfte aller Versicherten bekommt mehr, die Hälfte weniger – konkret. Das ist nicht nur unwürdig, sondern auch widersinnig. Denn wenn es der Mehrheit in diesem Land im Alter besser gehen soll, muss die AHV gestärkt werden, nicht geschwächt.

AHV-DREIZEHNTER

Das fordert eine Gewerkschaftsinitiative. Sie will bei der AHV einen Dreizehnten einführen, wie ihn viele Arbeitnehmende beim Lohn bereits kennen. Das entspricht einer Rentenerhöhung von 8,3 Prozent. Der Bundesrat lehnt sie ab. Sie ist ihm zu teuer. Dabei ist in der Schweiz genug Geld vorhanden. Die Nationalbank sitzt auf einem Billionenvermögen. Eine Billion ist eine Eins mit 12 Nullen! 1000 Milliarden oder 1 000 000 Millionen Franken. Würde das SNB-Vermögen in Hundertertoten gestapelt, reichte der Turm 100 000 Kilometer in die Höhe. Zum Vergleich: Geostationäre Satelliten umkreisen die Erde in 36 000 Kilometern Höhe.

Das ist enorm viel Geld. Angehäuft hat es die Schweizerische Nationalbank in den vergangenen Jahren, weil sie Franken in die ganze Welt exportieren konnte. Der Grund: Die Nachfrage nach dem «sicheren Hafen» Franken in unsicheren Zeiten war gross. Darum produzierte die Nationalbank so viele Franken wie noch nie – und verkaufte diese gegen Euro und Dollar. Sie baute damit ein enormes Vermögen auf und macht Milliarden Gewinne.

Das Geld der Nationalbank ist Volksvermögen. Es gehört uns allen. Die effizienteste und sinnvollste Art, einen Teil dieses Vermögens an die Bevölkerung zurückzugeben, läuft über die AHV. Und genau das will die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV», die der SGB jetzt lanciert hat.

SNB-GELD FÜRS VOLK

Bislang gehen mindestens zwei Drittel der SNB-Gewinnausschüttungen an die Kantone. Das steht in der Verfassung. Der restliche Drittel geht an den Bund. Das steht im Nationalbankgesetz. Wenn die AHV mehr als das Bundesdrittel erhalten soll, braucht es eine Verfassungsänderung. Darum jetzt diese Gewerkschaftsinitiative. Sie verlangt, dass bei hohen Gewinnen und Ausschüttungsreserven neu ein Teil der Gewinne an die AHV fliesst. Der Anteil an die Kantone wird nicht angetastet – und auch die Unabhängigkeit der Nationalbank bleibt gesichert. Zusätzlich sollen die SNB-Gewinne aus den Negativzinsen an die AHV überwiesen werden. Zwischen 2015 und 2021 hat die SNB daraus rund 11 Milliarden Franken eingenommen. Das ist gleich viel wie der Abzug von 3 Lohnprozenten während eines Jahres.

Die SNB sitzt auf über einer Billion Franken Vermögen.

LOHNLÜCKE SCHLIESSEN
 Frauen verdienen in der Schweiz nach wie vor rund 20 Prozent weniger als Männer, hat das Büro Bass berechnet (rebrand.ly/bassstudie). Selbst der äusserst zurückhaltend rechnende Bund kommt auf eine «unerklärte» Lohn Diskriminierung der Frauen



VERTEILEN STATT BUNKERN! Die SNB-Initiative der Gewerkschaften verlangt, dass die Nationalbankgewinne über die AHV an die Bevölkerung fliessen. ILLU: SGB

von rund 8 Prozent. Also 8 Prozent weniger Lohn für Frauen, nur weil sie keine Männer sind. Würde diese Lohn Differenz endlich beseitigt, so wie es in der Bundesverfassung steht, stünden der AHV auf einen Schlag jährlich über 800 Millionen Franken mehr zur Verfügung. Denn wenn die Frauenlöhne steigen, steigen auch die Beiträge an die AHV. Das heisst konkret: Endlich Lohn Gleichheit würde quasi gleich viel Geld mehr in die AHV-Kassen bringen, wie die Rechten jetzt den Frauen mit der AHV-Revision zusätzlich wegnehmen wollen.

RICHTIG RECHNEN

Seit Jahrzehnten rechnen die Rechten die AHV schlecht. Sie ist ihnen ein Dorn im Auge, weil Banken und Versicherungen daran kaum verdienen. Denn im Unterschied zu den Pensionskassen und der dritten Säule macht das AHV-Geld keinen jahrelangen, teuren und riskanten Umweg durch das internationale Finanzcasino. Sondern geht quasi direkt von den Erwerbstätigen zu den Rentnerinnen und Rentnern. Bei dieser Schlechtrechnerei hat auch der Bund mitgemacht. Das haben die Gewerkschaften immer wieder kritisiert. Jetzt gibt es Anzeichen für Besserung. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat Ende Mai neue Prognosen vorgestellt, die näher an der Realität sind als die bisherigen. Ergebnis: Die AHV ist viel stabiler finanziert, als die Rechten immer behaupten.

Der Plan der Gewerkschaften heisst also Aufbruch statt Abriss: AHV stärken und noch solider finanzieren. Gleichzeitig gegen den Lohnschiss an den Frauen vorgehen. Das sind die fortschrittlichen Vorschläge für eine bessere Altersvorsorge und damit für ein besseres Leben.

Comic: «Radium Girls» Gift und Gesundheit

Die französische Zeichnerin Cy widmet ihren neusten Comic dem fast vergessenen Kampf der «Radium Girls»: Im New Jersey der zwanziger Jahre nehmen unzählige junge Frauen einen Job in der US Radium Company an. Dort müssen sie Ziffernblätter und Uhrenzeiger mit «Undark» bemalen, einem Radium-Lack-Gemisch, das bei Dunkelheit leuchtet. Was nur die Chefs wissen: Die vorgeschriebene Methode des oralen Pinselbefeuchtens ist brandgefährlich. Denn Radium ist radioaktiv, zersetzt Knochen und führt zu Krebs. Als mehrere Frauen sterben, verklagen die Überlebenden ihre Chefs – und setzen damit einen Meilenstein in der US-Arbeiterinnenbewegung.

Übrigens: Auch in der schweizerischen Uhrenindustrie mussten Leuchtfarben-setzerinnen mit Radium hantieren – und zwar bis in die 1960er Jahre. Das belegt ein akribischer Bericht der Uni Bern aus dem Jahr 2018 (rebrand.ly/radiumschweiz).

Radium Girls, von Cy. Carlsen-Verlag, Hamburg 2022, 135 Seiten, CHF 28.–.

Quartett der Legenden Mit Sport- Grössen

Spiel- und Sportfans aufgepasst! Wer Marcel Michel nicht kennt, sollte das schleunigst ändern. Denn der Luzerner ist ein genialer Spieleentwickler. Seine Spezialität: Quartette mit den Legenden des Sports. Zehn verschiedene Sets zur Welt des Radsports, des Boxens, des Hockeys, der Formel-1, des Tennis, des Ski alpin und des Fussballs hat Michel bereits entworfen. Mit grossem Erfolg! Denn seine Karten befördern nicht nur nostalgische Zahlenhuberei und die Huldigung der eigenen Idole. Sie sind auch veritable Augenweiden. Zwanzig verschiedene Illustratorinnen und Künstler haben sie gestaltet. Die Favoriten von work: die grössten Kicker des Schweizer Club-Fussballs. Aber auch: die Heldinnen und Helden der Skiweltcupgeschichte. Hier besonders witzig: Man zockt nur mit Fahrerinnen und Fahrern aus Österreich und der Schweiz, also den historischen Haupttrivalen dieses Nationalsports. Trumpf-Spass garantiert!



Für CHF 15.– (exkl. Versand) gibt's das Set auf legendenquartett.ch

Portugal-Doku Dürre wegen Avocados

Kaum ein Lebensmittel boomt so sehr wie die Avocado. Immer mehr Menschen verschlingen die angebliche «Wunderfrucht» zu jeder Gelegenheit. Längst reichen die Ernten aus dem ausgetrockneten Chile nicht mehr aus. Neue Monokulturen entstehen daher in Spanien und Portugal. Das Problem: Avocados sind eigentlich mexikanische Tropenfrüchte. Ein Baum verbraucht täglich so viel Wasser wie eine vierköpfige Familie! Die Folge: ein verheerender Wassermangel in den Anbaugebieten. Eine Arte-Reportage zeigt das eindrücklich am Beispiel der Algarve.

Durstige Avocados. Neue Monokulturen in Portugals Süden. D 2021, 31 Minuten. Online unter: rebrand.ly/avocadoportugal

Betroffene berichten über die fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative:

«Du muesch schwige, du muesch bügle»

James Schwarzenbach hat in den 1970er Jahren Tausende Migrantenfamilien traumatisiert. Aber auch zum politischen Widerstand animiert. Wie, das zeigt jetzt ein neues Buch.

RALPH HUG

Der 7. Juni 1970 war ein Sonntag der Angst. Zahllose Familien fieberten ihm gebannt entgegen. Insbesondere Menschen aus Italien und Spanien, die als «Gastarbeiter» in die Schweiz gekommen waren. Sie mussten befürchten, in Kürze aus dem Land geworfen zu werden. Dann nämlich, wenn die Schwarzenbach-Initiative angenommen worden wäre. Ungefähr 300 000 Migrantinnen und Migranten, so die Schätzung, hätten die Schweiz zwangsweise verlassen müssen. Es kam nicht so weit: Die Überfremdungsinitiative wurde mit 54 Prozent Nein-Stimmen knapp abgelehnt.

JAHRE DES TERRORS

Noch einmal davongekommen, dachten sich viele und atmeten auf. Doch dass sie in der Schweiz zwar chrapfen und malochen sollten, aber keineswegs willkommen waren, geschweige denn gleiche Rechte hatten – das war das bleibende Lebensgefühl dieser Migrantengeneration. «Sautschinggi!» hallte ihnen noch Jahrzehnte in den Ohren nach. Oder wie es Giuseppe Reo auf berndeutsch formuliert: «Du muesch schwige, du muesch bügle, du bisch da für ds schaffe u wemer di nümme bruche, chasch ga.» Reo ist Unia-Sekretär und hat die Jahre des Schwarzenbach-Terrors, der sozialen Diskriminierung und Herabsetzung als Sohn italienischsprachiger Zuzüger am eigenen



MARINA FRIGERIO: Die Psychologin kennt die verletzten Seelen traumatisierter Migrantinnen und Migranten.

FOTO: MICHAEL ZÜGER

Leib erlebt. Sein Zeugnis aus jenen Jahren macht frösteln, so hautnah weiss er den unverhohlenen Rassismus der damaligen Schweiz zu schildern (das Zeugnis von Reo und anderen gekürzt zu lesen unter: rebrand.ly/sie-mussten-zittern).

«DER SCHWARZENBACHEFFEKT»

Nachzulesen ist es zusammen mit anderen Zeugnissen im neuen Buch von Francesca Falk, «Der Schwarzenbacheffekt». Falk ist Dozentin für Migrationsgeschichte an der Uni Bern. Sie wollte wissen, welche Spuren die hitzigen Überfremdungsdebatten bei den Betroffenen ausgelöst haben. Daraus wurde ein Projekt, in dem Menschen ihre persönliche Geschichte erzählen (Oral History). Dabei hat die Unia die Autorin mit Hinweisen und Adressen unterstützt. Heute muss die Schwarzenbach-Initiative als Beispiel

einer Abstimmungskampagne begriffen werden, die bei vielen Menschen

«Diese Abstimmung war der Moment, als ich auf die Barrikaden gestiegen bin – und ich bin noch nicht runter.»

MARINA FRIGERIO

langwirkende psychische Schäden, eben Traumata, hinterlassen hat. Doch nicht nur das: Schwarzenbach hat auch Menschen politisiert und ihren Widerstandswillen geweckt. So bei Marina Frigerio: «Diese Abstimmung war der Moment, als ich auf die Barrikaden gestiegen bin – und ich bin noch nicht runter.» Frigerio ist Psychologin und Tochter italienischer Zuzüger. In ihrer Praxis hat sie wie wohl niemand sonst einen tiefen Ein-

blick in die verletzten Seelen von traumatisierten Migrantinnen und Migranten erhalten.

NICHTS BIETEN LASSEN

Auch Alex Granato musste sich früh gegen Beleidigungen und Hänseleien wehren. Später wurde er Schreiner und heuerte bei der Gewerkschaft Unia an. Heute arbeitet er als Unia-Sekretär und sitzt im Thurgauer Kantonsparlament. Sein Vater hat in ihm das politische Bewusstsein geweckt, indem er ihm sagte: «Du musst dir überhaupt nichts bieten lassen. Du bist nicht weniger wert als die.» Seit her ziehe sich der Kampf um Gerechtigkeit und Gleichbehandlung wie ein roter Faden durch sein Leben, heisst es im Portrait in Francesca Falks Buch.

Das Buch wirft aber auch ein Schlaglicht auf James Schwarzenbach (1911–1994) – den Mann aus reichem Hause, der sein Leben lang nie arbeiten musste, aber just jene attackierte, die nichts hatten als ihre Arbeitskraft. «Für mich war er natürlich ein Faschist», sagt Rosanna Ambrosi in einem Portrait. Bei ihrer Einbürgerung hat sie Szenen wie im Film «Die Schweizermacher» erlebt. Schwarzenbachs Fixierung auf alles Fremde ist aber nicht einfach Geschichte. Heute wird die Fremdenangst von der SVP und von Rechtsradikalen politisch weiter ausgebeutet. Der Schwarzenbacheffekt ist nicht tot, er lebt.



Francesca Falk: **Der Schwarzenbacheffekt.** Wenn Abstimmungen Menschen traumatisieren und politisieren. 120 Seiten, Limmat-Verlag Zürich, ca. CHF 29.–.

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



TEUERUNG: BAUMEISTER KÖNNEN KOSTEN ABWÄLZEN

In vielen Bereichen steigen die Preise. Die Erholung von der Pandemie hat die Nachfrage nach Waren stärker ansteigen lassen als das Angebot. Das hat den Unternehmen erlaubt, die Preise zu erhöhen. Chinas strikte Covid-Politik und der russische Angriff auf die Ukraine verschärfen die Situation weiter. Die Teuerung bekommen nicht nur wir Konsumentinnen und Konsumenten zu spüren, sondern auch die Unternehmen. Sie müssen für Vorleistungen tiefer in die Tasche greifen. Das zeigt sich besonders auf dem Bau. Die Preise vieler Baumaterialien sind im Vergleich zu vor der Pandemie sprunghaft angestiegen. So muss man für Kunststoffrohre und Bitumen rund ein Drittel mehr bezahlen. Stahl ist sogar mehr als doppelt so teuer.

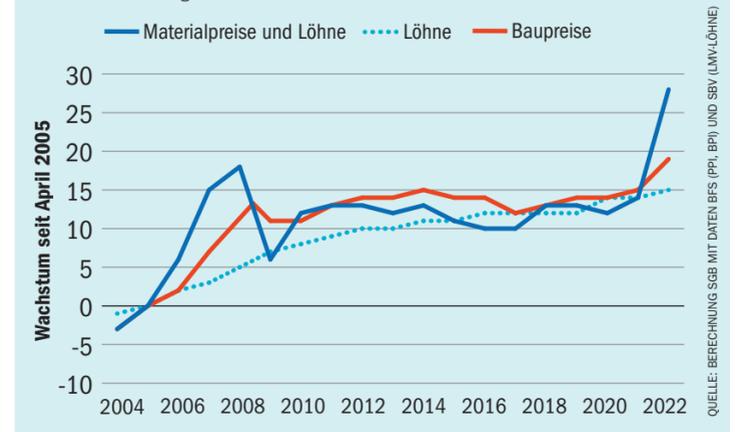
MEHR AUFTRÄGE. Insgesamt müssen die Baumeister im Hochbau 21 Prozent mehr fürs Material aufwenden. Und dennoch: Die grosse Mehrheit der Bauunternehmen beurteilt das Geschäft positiv. Die Baumeister können nämlich die

höheren Kosten weitgehend auf ihre Kundinnen und Kunden abwälzen. So sind parallel zu den Materialkosten auch die Preise fürs Bauen in die Höhe geschneit – zumindest bis zur letzten Beobachtung im Herbst 2021. Den Aufträgen und Umsätzen hat das bisher nicht geschadet. Sie sind im vergangenen Jahr kräftig gestiegen.

MEHR GEWINN. Die Macht der Bauunternehmen, bei höheren Kosten höhere Preise zu verlangen, ist nicht neu. Bereits in der Vergangenheit sind die Baupreise im Gleichschritt mit den Materialpreisen und Löhnen gestiegen (siehe Grafik). Die Baumeister finanzieren also nicht nur höhere Einkaufspreise, sondern auch höhere Personalkosten, indem sie ihren Kundinnen und Kunden mehr in Rechnung stellen. Das bedeutet zugleich, dass bessere Löhne die Gewinne der Firmen in der Regel nicht verschlechtern. Im Gegenteil: Wenn die Bauleute wie in den letzten Jahren produktiver werden und pro Kopf mehr erarbeiten, erzielen die Baumeister sogar höhere Gewinn-

Im Gleichschritt: Preise für Bau, Material und Löhne

Entwicklung der Baupreise im Vergleich zu den Materialpreisen (gemäss KBOB) und Löhnen (Durchschnitt LMV) im Hochbau seit April 2005. Mittelwert aus Materialpreisen und Löhnen berücksichtigt Kostenanteile von Material und Personal.



ne. Angesichts der soliden Baukonjunktur dürfte das so bleiben. Das sind gute Voraussetzungen für die Verhandlungen des Landesmantelvertrags (LMV): Höhere Löhne und

bessere Arbeitsbedingungen auf dem Bau sind finanzierbar.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



FRÖHLICHE VOGELSCHAR: Gruppenfoto der Falken im Auffahrtslager vor dem Lagerhaus Mösli ob Stallikon ZH. FOTO: NICOLAS ZONVI

Linke «Pfadigruppe» wird 100jährig: work war auf Besuch Wo die Roten Falken fliegen



SELBSTBESTIMMT UND SOLIDARISCH: Die Kinder handeln Lagerregeln, Küchendienst und Tagesprogramm gemeinsam aus. FOTOS: NICOLAS ZONVI



1922 schlüpfen die Roten Falken, die linke Alternative zu den Pfadfindern. Heute sind die Differenzen geringer, aber die Falken immer noch quicklebendig.

JONAS KOMPOSCH

Am Albis-Südhang ob Stallikon ZH thront auf einer sonnigen Waldlichtung ein wunderschönes Lagerhaus. Mösli ist sein bescheidener Name. Das versteckte Idyll scheint wie verlassen an diesem Auffahrtsmorgen. Nur ein paar Vögel zwitschern, und die Bienen summen. Dann plötzlich rumpelt's im Mösli. Ein Volleyball fliegt zur Tür heraus. Hinterher stürmt eine laute Kinderschar. Fast wird der work-Journalist überrannt. Der Tatendrang ist offensichtlich riesig bei den Roten Falken, die hier im Auffahrtslager sind. Doch bevor Spiel und Spass beginnen, steht eine Vollversammlung auf dem Programm.

Helferin Anuska (22) erklärt: «Am Anfang von jedem Lager besprechen wir, was uns beim letzten Mal gestört hat und nach welchen Regeln wir leben wollen.» Die Roten Falken lassen sich nicht lange bitten.

BEFÄHIGEN STATT BEFEHLEN

Leo (15) ergreift das Wort: «Es nervt, wenn am Abend alle am Smartphone kleben.» Da brauche es klare Regeln. Jaromir (11) pflichtet ihm bei, denn: «Eine Stunde vor Schlaf sollte man sowieso nicht mehr ins Handy glotzen!» Doch Wilma (8) meint: Manche

würden zum Einschlafen jeweils gerne eine Gutenachtgeschichte hören. Die Runde gibt Wilma recht. Nach kurzer Diskussion finden die Kinder einen Kompromiss: Wer sein Handy checken will, muss dafür künftig in einen separaten Raum. Und für die Gutenachtgeschichte müssen Kopfhörer benutzt werden.

GESUNDE ERHOLUNG

Nicht nur die Lagerregeln handeln die Roten Falken gemeinsam aus. Auch die Verteilung der Küchen-Ämter – gekocht wird vegetarisch. Das beschliesst die Gruppe kollektiv, und teils sogar das Tagesprogramm. Dazu die Falken-Älteste Anuska: «Uns ist es wichtig, die Kinder in ihrer Integrität und Eigenständigkeit ernst zu nehmen und zu respektieren.» Ausserdem wolle man die Kinder nicht «anführen», sondern befähigen, selbständig und solidarisch zu handeln und Verantwortung zu übernehmen.

Ganz ohne Autorität geht es allerdings nicht immer, denn Sicherheit geht vor. Ansage von Helfer Michi (24): «Die wichtigste Mösli-Regel: Niemand geht alleine zum Pool!» Ein Pool beim Lagerhaus? Über diesen Luxus verfügen die Falken tatsächlich. Wobei der Falken-Pool kein gewöhnliches Chlorbecken ist. Sondern ein grosszügiges Schwimmbassin mit Frischwasserzufuhr aus einer Waldquelle. Natur pur! Und das hat mit der bewegten Falken-Geschichte zu tun.

Das «Kinderfreundeheim Mösli» wurde nämlich schon 1931 errichtet – mitten in einer wirtschaftlichen Krisenzeit mit hoher Arbeitslosigkeit.

Beim Bau hatten Hunderte Frauen, Männer und Jugendliche mit angepackt. Sie alle waren Teil der Zürcher Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Und sie hatten ein gemeinsames Ziel: den städtischen Proletarierkindern einen gesunden Erholungsort im Grünen zu schaffen – und endlich auch ein Stammhaus für das Vereinsleben.

Schon 1922 hatte die umtriebige Reformpädagogin und Gewerkschafterin Anny Klawa-Morf die erste Schweizer Falken-Sektion gegründet. Das war in Bern, wo Klawa-Morf nach

Gewerkschafterin Anny Klawa-Morf gründete die erste Falken-Sektion in der Schweiz.

ihrer Teilnahme an der Münchner Räterepublik hingezogen war. Gleichzeitig entstanden Falken-Gruppen in anderen Ländern Europas, allen voran in Österreich. Und bald hatte auch Zürich eine Ortsgruppe. Dort hatte Klawa-Morf schon früh Vorarbeit geleistet: 1910, noch als 16jährige Textilarbeiterin, rief sie die erste sozialistische Mädchen-gruppe der Schweiz ins Leben.

Die Roten Falken wiederum konzipierten sich als linke Alternative zum christlichen Cevi und zur bürgerlichen Pfadfinderbewegung. Diese verstand sich als vormilitärisches Jugendwerk und nahm nur Buben auf. Anders die Roten Falken: Sie förderten von Beginn an die Gleichberechtigung. Und soldatischem Drill und Militarismus setzten sie die Prinzi-

pien der Solidarität und der Völkerfreundschaft entgegen. Heute sind die Differenzen weniger gross. Pfadi & Co. haben viele Falken-Werte übernommen. Und trotzdem ist das Original noch immer etwas Einmaliges.

LINKE BALLADEN

Das zeigt sich im Mösli deutlich. Nach einem Volleyball-Match greift Helfer Michi zur Gitarre und eröffnet die Gesangsrunde. Das erste Stück: «Ballade für Sacco und Vanzetti» von Joan Baez, ein Gewerkschafts-Evergreen! Dann wünschen die Kinder etwas Fetziges, nämlich «Baggerführer Willibald», «Bella Ciao» und das «Jalava-Lied», allesamt Klassiker des sozialistischen Liedguts. Und auch «Arbeiter von Wien» oder «Bread and Roses» stehen hoch im Kurs. Und klingen entsprechend: Hörproben gibt's auf: rebrand.ly/Falkenlager.

Das Politische verwechseln die Falken aber nicht mit Folklore. Die Songtexte etwa geben Anlass zu regen Diskussionen und kritischen Fragen. Und überhaupt machen die Kinder einen aufgeweckten Eindruck. Helferin Anuska bestätigt: «Als wir während der Pandemie einmal Wegwerfbecher aus Plastic mitbrachten, kassierten wir dafür prompt einen Rüffel.» Umweltschutz sei generell ein ganz grosses Anliegen. Aber auch Kriege beschäftigten wieder vermehrt. Dabei wissen die Falken genau, was sie wollen: «Brot und Frieden statt Not und Kriege!» skandierten die Kinder am 1. Mai. Eine Parole wie vor hundert Jahren – und trotzdem hochaktuell. Typisch Rote Falken halt!

Heinz Dreyer (83):

«Es war schaurig lustig dort!»

Heinz Dreyer entdeckte die Roten Falken als sechsjähriger Bub – kurz nach dem Zweiten Weltkrieg.

JONAS KOMPOSCH

Global sind die Roten Falken gut aufgestellt: 45 Kinder- und Jugendorganisationen aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und dem Nahen Osten sind Teil der Internationalen Falkenbewegung. In der Schweiz gibt es allerdings nur noch rund hundert Aktive in den Städten Bern und Zürich. Anders war das

1945, als Heinz Dreyer (heute 83, damals 6) zu den Falken stiess. 3000 Mitglieder gab es in der Schweiz. Und fast jeder Industrieort hatte eine Sektion. Mindestens eine, wie Dreyer sagt: «In Zürich hatten wir sogar in jedem Stadtkreis eine Gruppe!» Ein Grössenunterschied mit historischen Ursachen: Der unterdrückte Landesstreik von 1918 vergrösserte die Gräben in der Gesellschaft. Die Bürgerlichen wollten nichts mehr wissen von den «Roten». Und umgekehrt hatten auch die Linken keine Lust mehr auf die «Spiessbürger» und ihre Vereine. Daher schossen Arbeitervereine wie Pilze aus dem Boden: Arbeiter-Schützenverein, Arbeiter-Radfahrerbund, Arbeiter-



Unia-Mitglied Heinz Dreyer.

FOTO: ZVG

«Wir waren für ein gleichberechtigtes Miteinander.» Jodler, Arbeiter-Schach-Club... und auch die Roten Falken waren Teil dieser Kultur. Aber fürs Mitmachen gab es auch «banale Gründe», wie Dreyer sagt.

«Wir waren für ein gleichberechtigtes Miteinander.»

Als Linkshänder sei er häufig gehänselt worden, aber nie bei den «Nestfalken», wie die ganz jungen hiessen. Und: «Es war einfach immer schaurig lustig dort!» Später habe er diese Atmosphäre noch mehr schätzengelernt: «Bei den Falken wurde man nicht ständig gemassregelt, sondern unterstützt. Und mitbestimmen durfte man!» Dass dies nicht selbstverständlich war, sei ihm jeden Samstag vor Augen geführt worden.

Als Linkshänder sei er häufig gehänselt worden, aber nie bei den «Nestfalken», wie die ganz jungen hiessen. Und: «Es war einfach immer schaurig lustig dort!» Später habe er diese Atmosphäre noch mehr schätzengelernt: «Bei den Falken wurde man nicht ständig gemassregelt, sondern unterstützt. Und mitbestimmen durfte man!» Dass dies nicht selbstverständlich war, sei ihm jeden Samstag vor Augen geführt worden.

SHOWDOWN AM ALBIGSGÜTLI. Beim Zürcher Albisgütl besammelten sich nämlich nicht nur Falken, sondern auch Pfadfinder und Kadetten. Dreyer erinnert sich genau: «Die Pfader mussten in Kolonne antreten, die Kadetten sogar in Achtungsstellung mit Gewehr!» Für Dreyer ein Graus: «Wir waren für ein gleichberechtigtes Miteinander und nicht für Strammstehen und Gehorsam.» Die Unterschiede zeigten sich auch in den Begriffen: Das Falken-Hemd hiess nicht «Uniform», sondern «Übergwändli». Wie jenes der Arbeiterinnen und Arbeiter war es blau. Und während die Verantwortlichen bei den Falken schon damals «Helferinnen und Helfer» hiessen, waren es bei der Pfadi «Führer». Bei diesem Wort sträuben sich bei Dreyer noch heute die Nackenhaare: «Vom Führer hatten wir mehr als genug!» Auch ein «Gelöbni» legte Dreyer nicht ab. Ein «Versprechen» gab er aber. Noch heute kann er es auswendig: «Ich bin ein Kind des arbeitenden Volkes und will mich immer dazu bekennen. Ich will übernommene Pflicht gegenüber dieser Gemeinschaft treu erfüllen.» Dreyer lernte Schreiner, wurde aktiver Gewerkschafter und ist Unia-Mitglied.



Das offene Ohr

Federica Colella von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Krankheit: Wird der Taggelderbezug bei der AHV als Lohn deklariert?

Ich war während längerer Zeit krankheitsbedingt arbeitsunfähig. Meine damalige Firma hatte eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen, die sie gegen Gewährung von Taggeldern von der Lohnfortzahlung befreite. Da ich nun das Rentenalter erreicht habe, musste ich feststellen, dass der Betrag der Taggelder, die mir während dieser Arbeitsunfähigkeit ausbezahlt wurden, nicht als Lohn bei der AHV deklariert wurde. Müsste mir die AHV den Betrag nicht anrechnen?

FEDERICA COLELLA: Nein. Denn bei Arbeitsunfähigkeit haben Arbeitnehmende für eine bestimmte Zeit Anspruch auf ihren Lohn oder alternativ auf Krankentaggelder. Je nachdem, was im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Einige Gesamtarbeitsverträge



PENSIONIERUNG: Eine längerfristige Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit kann sich auf die AHV auswirken.

FOTO: ADOBE STOCK

und Normalarbeitsverträge verpflichten die Firmen, eine Krankentaggeldversicherung abzuschliessen. Ist im Vertrag nichts vorgesehen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Lohn während der Arbeitsunfähigkeit zu zahlen. Die Dauer der Lohnfortzahlungspflicht ist jedoch begrenzt. Hat Ihre Firma hingegen eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen, ist sie von der Lohnfortzahlungspflicht befreit. Allerdings muss die Krankentaggeldversicherung Ihnen Taggelder gewähren, die zumindest gleichwertig sind mit den Leistungen, auf die Sie auf der Grundlage der gesetzlichen Lohnfortzahlungspflicht während der Krankheit Anspruch gehabt hätten. Diese Gleichwertigkeit ist auf jeden Fall erfüllt, wenn sie während mindestens 720 Tagen 80 Prozent Ihres Lohns erhalten und wenn Ihre Firma die Hälfte der Prämien bezahlt.

AUSWIKUNGEN AUF DIE AHV. Aber: Aus rechtlicher Sicht handelt es sich bei den Krankentaggeldern nicht um Lohn. Deshalb werden Ihnen keine Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Und aus diesem Grund wird auch der Betrag der bezogenen Taggelder den verschiedenen Sozialversicherungen, darunter auch der AHV, nicht gemeldet. Es gibt allerdings eine Ausnahme: Wenn Ihre Firma Ihnen weiterhin den vollen Lohn zahlt und sie im Gegenzug die Taggelder erhält, werden von der Differenz (also von 20 Prozent des Lohnes) Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Eine längerfristige Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit kann sich also auf die AHV auswirken. Es ist daher ratsam, sich bei der kantonalen Ausgleichskasse zu erkundigen, um eine Beitragslücke zu vermeiden, die zu einer Kürzung der AHV-Rente führen könnte. Zu beachten ist, dass auch die BVG-Pensionskassen diesbezüglich besondere Bestimmungen haben. Sie sollten das Reglement der Pensionskasse konsultieren, um zu erfahren, welche Regeln im konkreten Fall gelten.

Unia-Mitglied ist man aus Überzeugung. Aber auch, weil es sich lohnt!

Beratung, Rechtsschutz, Preisvorteile

Die Unia kämpft für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit – auch für Sie. Ihre Mitgliedschaft bringt Ihnen darüber hinaus eine Reihe von geldwerten Vorteilen. Nutzen Sie sie!

MARTIN JAKOB

Lohnt es sich, Unia-Mitglied zu sein? Ja, natürlich – schon deshalb, weil sich Ihre Gewerkschaft konsequent für Sie einsetzt: Weil sie Ihre Rechte als Arbeitnehmende auf der politischen Bühne verteidigt und schon manche politische Ausmarchung zu Ihren Gunsten entschieden hat. Weil sie in den GAV-Verhandlungen mit den Arbeitgebern um faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen kämpft. Die Ergebnisse spüren Sie auch im eigenen Portemonnaie. Darüber hinaus stehen Ihnen als Mitglied weitere, individuelle Vorteile zu.

KOSTENLOSER RECHTSSCHUTZ

Die Unia-Beraterinnen und -Berater in den Regionen kennen sich aus im Arbeitsrecht und bei den Sozialversicherungen. Sie unterstützen Sie im Verständnis von Dokumenten, die oft in komplizierter Fachsprache abgefasst sind. Sie beraten und begleiten Sie bei Konflikten – immer mit dem Ziel, Ihrer

Für ihre Mitglieder erstreitet die Unia jedes Jahr Entschädigungen in Millionenhöhe.

gerechten Sache zum Sieg zu verhelfen. Wenn möglich, auf gutlichem Wege; wenn nötig, mit dem Einsatz von Rechtsmitteln bis zum Gang vor Gericht. Dabei erhalten Sie Unterstützung von den Juristinnen und Juristen am Hauptsitz in Bern. Jedes Jahr unterstreitet die Unia Tausende von Mitgliedern schnell und kompetent. Und jedes Jahr erstreitet sie für ihre Mitglieder mit gerichtlichen und aussergerichtlichen Regelungen Entschädigungen in Millionenhöhe.

Das sind die Themen, in denen Sie den Rechtsschutz der Unia geniessen:

- juristische Fragen, die Ihr Arbeitsverhältnis betreffen
- Schwierigkeiten im Arbeitsleben und mit dem Arbeitgeber

- Diskriminierung, Sexismus und Mobbing
- Streitigkeiten mit staatlichen Behörden, mit schweizerischen Sozialversicherungen oder anderen mit dem Arbeitsverhältnis verbundenen Versicherungen (Ausnahme: Nichtberufsunfall)
- Unfälle auf dem Arbeitsweg
- Aufenthaltsbewilligungen und Familiennachzug

Rechtsschutz und -beratung in diesen Fragen sind für Sie als Mitglied kostenlos. Kontaktieren Sie bei Fragen und für Termine die Unia in Ihrer Region.

Tipp: Ergänzen Sie diese kostenlosen Rechtsschutzleistungen mit dem Unia-Multi-Rechtsschutz von Coop. Dieser enthält alle wichtigen Bereiche des privaten Alltags ausserhalb Ihrer Erwerbstätigkeit, insbesondere Verkehr, Wohnen, Gesundheit und Konsum. Und das für nur 10 Franken pro Monat (übliche Rechtsschutzversicherungen kosten das Zweibis Dreifache).

WEITERBILDUNG

Die Unia unterstützt ihre Mitglieder in der beruflichen Weiterbildung grosszügig.

- Bei berufsorientierter Weiterbildung übernimmt sie 50 Prozent der Kurskosten (maximal 750 Franken pro Jahr). Dieses Angebot umfasst neben berufsbezogenen Kursen auch Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten. Das Gesuch um Kostenbeteiligung reichen Sie vorgängig bei der Unia Ihrer Region ein.
- Jedes Jahr können Sie einen Kurs des gewerkschaftseigenen Bildungsinstituts Movendo gratis belegen. Das Kursprogramm finden Sie auf movendo.ch.
- Je nach Region stehen Ihnen weitere Leistungen zu. Kontaktieren Sie bei Fragen die Unia Ihrer Region.

REKA UND VCS

Auch bei Freizeit und Erholung entlastet die Unia-Mitgliedschaft Ihr Budget.



WORKTIPP

WERBEN MIT GUTEN ARGUMENTEN

Je mehr Mitglieder die Gewerkschaft hat, desto stärker ist ihre Position am Verhandlungstisch. Stärken Sie die Unia – werben Sie ein neues Mitglied an. Am besten, indem Sie als aktive Gewerkschafterin, als aktiver Gewerkschafter überzeugend auftreten. Und indem Sie zu Ihren Argumenten den Hinweis auf die Extra-Website für Interessierte hinzufügen: mitglied-werden.ch

- Jedes Jahr können Sie bis 500 Franken Reka-Geld mit einem Sonderrabatt von mindestens 5 Prozent (je nach Unia-Region) erwerben. Reka-Geld können Sie für Bahn und Bus sowie in vielen Hotels, Restaurants, Reisebüros usw. einlösen.

DAMIT SIE GUT LACHEN HABEN: Eine Unia-Mitgliedschaft wirkt sich auch positiv auf Ihr Portemonnaie aus. FOTO: GETTY

- Bei der Buchung einer Ferienwohnung von der Reka im In- oder Ausland erhalten Sie immer 10 Prozent Rabatt (Angebot siehe reka.ch). Und in den Partnerhotels der Unia 10 bis 20 Prozent (Liste und Konditionen: rebrand.ly/partnerhotels).

Spezialkonditionen gibt's für Mitglieder auch beim Verkehrsclub der Schweiz (VCS): Der erste Jahresbeitrag ist geschenkt. Sind Sie unter 25 Jahre alt, erhalten Sie zudem 100 Franken Rabatt auf dem für Neulenkerrinnen und -lenker obligatorischen Fahrkurs. Hier

geht's direkt zum Angebot: rebrand.ly/univacs.

FAMILIENMITGLIEDSCHAFT

Doppeltes Engagement, aber nicht der doppelte Preis: Wohnen zwei Unia-Mitglieder im gleichen Haushalt, sinkt der Beitrag jener Person, die das tiefere Einkommen erzielt, um die Hälfte. Er beträgt nur 50 Prozent des regulären Mitgliederbeitrags, mindestens aber 12.70 CHF.

WORK-ZEITUNG

Keine unverständlichen Börsentipps. Kein langweiliges Fernseh-

programm. Und keine liebdienerischen Portraits von den Superstars an den Firmenspitzen. Dafür stehen Sie selbst in den Unia-Publikationen im Mittelpunkt, als Hauptdarstellerinnen und Hauptdarsteller der Arbeitswelt. Als Unia-Mitglied in der Deutschschweiz erhalten Sie 21mal jährlich die Zeitung work gratis und franko ins Haus.

Auch Ihre Ferien werden dank der Unia billiger.

Das muss dann doch erwähnt sein: Einige wenige Schimmelpilze sind richtig nette Kerle. Zum Beispiel jene auf dem Camembert oder jene im Roquefort (Blauschimmelkäse). Oder falls Sie auf Quorn stehen, den vegetarischen Fleischersatz: Der wird aus den Fäden des Schimmelpilzes Fusarium venenatum hergestellt. Hundert Pro esstbar!



GAV-VOLLZUGSKOSTEN

GELD ZURÜCK

Die Unia ist Vertragspartnerin in 265 Gesamtarbeitsverträgen (GAV) im Bau, in Dienstleistungsberufen, in der Industrie und im Gewerbe. Bestandteil eines GAV ist auch die Vereinbarung über die Vollzugskostenbeiträge. Diese dienen namentlich dazu, den Aufwand für die laufenden Kontrollen zu finanzieren. Je nach GAV beteiligen sich die Arbeitnehmenden an diesen Kosten. Jedoch: Arbeiten Sie in einem GAV-unterstellten Betrieb und sind Sie Unia-Mitglied, erhalten Sie Ihren Kostenbeitrag von Ihrer Gewerkschaft ganz oder teilweise zurückvergütet.

ES LOHNT SICH! Beim GAV Tankstellenshops bezahlen beispielsweise Firma und Angestellte je 0,25 Lohnprozente an die Vollzugskosten. Erhöhen wird dieser Beitrag von allen Angestellten, ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht. Mitglieder können aber ihren Beitrag direkt bei der Gewerkschaft zurückfordern. Liegt Ihr Monatsverdienst bei 4500 Franken plus 13. Monatslohn in gleicher Höhe, werden Ihnen demnach Vollzugskosten von 11.25 Franken vom Lohn abgezogen. Diese jährlich 146.25 Franken erhalten Sie von der Unia zurückerstattet.

Je nach GAV-Bestimmungen und Lohnhöhe kann Ihr Vollzugskostenbeitrag höher oder tiefer liegen. Allerdings darf die Gewerkschaft ihren Mitgliedern nicht in jedem Fall den vollen Vollzugskostenbeitrag zurückerstatten. Das hat mit einer Bestimmung in der Bundesverfassung zu tun, nämlich mit der «negativen Koalitionsfreiheit». Sie würde verletzt, wenn Nichtmitglieder quasi alleine für die Vollzugskosten aufkommen müssten. (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Intelligente Ordner: Schluss mit Mail-Chaos

In der Masse an Mails gehen wichtige Nachrichten schnell unter. Dagegen helfen sogenannte virtuelle oder intelligente Ordner. Mails zu bestimmten Themen oder von bestimmten Absendern lassen sich in solchen Ordnern gesondert anzeigen. So behält man den Überblick. Die E-Mails werden dabei nicht verschoben, sondern bleiben in ihren ursprünglichen Ordnern gespeichert. In den virtuellen Ordnern erscheinen nur Verweise auf die E-Mails. So gerät die Sortierung der E-Mails in verschiedene Ordner nicht durcheinander.

Ausgewählte Mails lassen sich gesondert anzeigen.

Outlook (Windows): Oben rechts im Programmfenster auf den kleinen Pfeil klicken und «Klassisches Menüband» einstellen. Danach im Menü «Ordner»/«Neuer Suchordner» wählen. Nun die Kriterien eingeben, welche E-Mails im Ordner angezeigt werden sollen.

Outlook (Mac): In die Suchzeile oben rechts klicken. Es erscheint der Menüpunkt «Suchen». Links auf «Alle Postfächer» klicken, dann rechts daneben die gewünschten Kriterien für den Ordner wählen. Zuletzt auf «Suche speichern» klicken. Der neue Ordner erscheint links unter «Intelligente Ordner».

Thunderbird: Im Menü klicken auf «Datei»/«Neu»/«Virtueller Ordner». Dann auswählen, welche Mail-Ordner durchsucht werden und welche Kriterien gelten sollen.

Apple Mail: In Menuezeile «Postfach»/«Neues intelligentes Postfach» wählen. Hier die gewünschten Regeln für das Postfach eingeben. Will man einen intelligenten Ordner für einen bestimmten Absender einrichten, klappt es auch so: Rechtsklick auf die Mailadresse, dann auf «zu VIPs hinzufügen». Es erscheint ein intelligenter Ordner mit allen E-Mails des Absenders. MARC MAIR-NOACK



ORDNUNG MIT ORDNERN: Virtuelle Ordner helfen, den Überblick in der Mailflut zu wahren. FOTO: SHUTTERSTOCK

Gräulich, grusig, gefährlich: Mit Igitt, nur weg mit diesen Unglückspilzen!



SCHAURIGER SCHIMMEL: Die Sporen des Schimmelpilzes reichen tief und befallen schnell die ganze Frucht. FOTO: ISTOCK

Ein Brot oder einen Apfel wegwerfen, weil sich der Schimmelpilz drauf breit macht: Ist das Foodwaste? Nein, Vorsicht!

MARTIN JAKOB

Mit dem Wegwerfen von Lebensmitteln ist das so eine Sache. Gleich meldet sich das Gewissen und ruft: «Foodwaste!» Taucht im Konfitürenglas, am Brot oder auf einer Fruchtschale der typische pelzige Belag auf, erinnert man sich ans alte Hausmittel: Grosszügig wegschneiden – und den Rest zügig verspeisen.

Doch mittlerweile weiss man mehr über Schimmelpilze. Was an der Oberfläche sichtbar ist, sind bloss die Sporenträger, unter ihnen durchwächst der Pilzkörper in Form feiner,

kaum sichtbarer Fäden das Lebensmittel. Die netzartige Struktur, die sich dabei ausbildet, wird Myzel genannt. Über sie gelangen die Pilzgifte ins Lebensmittel. Diese Mykotoxine sind für den Menschen teilweise harmlos, teilweise können sie allergische Reaktionen auslösen und je nach Pilzart auch gefährlich sein. Von den rund 250 bekannten Schimmelpilzarten enthalten einige richtig aggressive Gifte, die Leber und Niere schädigen oder sogar krebserregend sein können. Besonders heikel: Schimmel auf Getreide und Nüssen.

BLINDE PASSAGIERE. Aber wie kommt der Schimmel überhaupt auf die Frucht? Seine Sporen liegen sozusagen in der Luft und verbreiten sich mit

den Luftbewegungen, immer auf der Suche nach einer ergiebigen Nahrungsquelle. Dass wir sie dabei auch einatmen, damit

Schimmelsporen liegen sozusagen in der Luft. Immer.

kommt der Körper meist gut zurecht, ausser die Konzentration in der Raumluft wird zu hoch – etwa, wenn die Wohnung schimmelt (siehe Text rechts). Ideal ist für Schimmelpilze die Kombination von Feuchtigkeit und Kohlehydraten, und das bei Temperaturen zwischen null und vierzig Grad.

ÜBERLEBENSKÜNSTLER. Haben Schimmelpilze einmal in einem Lebensmittel Fuss gefasst,

lassen sie sich nicht mehr vertreiben. Und die Schimmelpilzgifte, die sie an ihren Wirt abgeben haben, werden auch durch Kochen, Braten, Backen, Säuern, Trocknen oder Einfrieren nicht unschädlich gemacht. Weshalb es auch keine gute Idee wäre, aus schimmeligen Früchten rasch noch einen feinen Kuchen zu backen.

RICHTIG LAGERN. Nicht nur Picasso hat's gemalt: das Stilleben mit Früchten. Ist ja auch was Hübsches, so ein Gefäss mit Buntem vom Baum drauf. Nur leider nicht so günstig für die Schimmelprophylaxe, weil die Lebensmittel dabei offen, raumwarm und oft nah beieinander lagern, wodurch eine befallene Frucht rasch ihre Nachbarn ansteckt. Solange Sie frische

Früchte auf diese Weise nur wenige Tage aufbewahren, ist das kein Problem: einfach vor dem Verzehr gut waschen oder mit Druck abwischen, um Staub und Pilzsporen zu entfernen. Zur längeren Lagerung sollten Sie kühle und trockene Plätze bevorzugen oder das Lebensmittel einfrieren.

GOURMETSCHIMMEL. Aber ja, das muss dann doch erwähnt sein: Einige wenige Schimmelpilze sind richtig nette Kerle. Zum Beispiel jene auf dem Camembert oder jene im Roquefort (Blauschimmelkäse). Oder falls Sie auf Quorn stehen, den vegetarischen Fleischersatz: Der wird aus den Fäden des Schimmelpilzes Fusarium venenatum hergestellt. Hundert Pro esstbar!

WOHNSCHIMMEL SCHNELL MELDEN

Schimmelt's an Wänden, rund um die Fenster, im Bad, ist das in der Regel eine Folge von Baumängeln, wobei die Stärke des Befalls und die Ausbreitung durch mangelndes Lüften oder andere Faktoren begünstigt werden. Auf jeden Fall ist Schimmel in der Wohnung ein Mangel, zu dessen Beseitigung die Vermieterin verpflichtet ist! Empfehlungen vom Mieterverband: rebrand.ly/wohnschimmel

Inflation, Mietzins und Nebenkosten Wohnen wird teurer

Die Energiepreise steigen, die Teuerung zieht an. Was das für Ihre Wohnkosten bedeutet.

Gas- und Heizölpreise liegen im zweistelligen Prozentbereich höher als Anfang Jahr, die Jahresteuerung ist auf 2,5 Prozent gestiegen. Wird jetzt auch das Wohnen teurer? So sieht's aus!

MIETZINS. Steigt der Landesindex der Konsumentenpreise, darf der Mietzins angehoben werden. Allerdings nur um maximal 40 Prozent des Indexanstiegs seit der letzten Teuerungsanpassung. Achtung: Wunden in den letzten Jahren die Senkungen des Referenzzinssatzes für Hypothekarschulden nicht an Sie weitergegeben, können Sie verlangen, dass diese Senkungen wenigstens jetzt mit dem Teuerungszuschlag verrechnet werden. (jk)

Verwaltung fordert Sie schon jetzt auf, Ihre monatliche Akontozahlung zu erhöhen. Das muss sie mit amtlichem Formular anzeigen. Schlägt sie Ihnen einfach per Brief vor, die Akontozahlung zu erhöhen, können Sie diesem Vorschlag stattgeben, müssen aber nicht.

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 9
Das Lösungswort lautet: **LOHNERHOEHUNG**



DEN PREIS, eine Übernachtung im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Anita Rüfli, Orpund BE. Herzlichen Glückwunsch!

Union, Pakt	Weltorganisation	geschichtl. Jahrbücher	best. Artikel (1. Fall)	Augenblick, im ...	im Raum befindlich	german. Gottheit	wahnwitzig, himberbrannt	persönl. Zueignung	Fluss in Nordportugal	schweiz. Sozialversicherung	Klostervorsteher Mz.	eh. schweiz. Curlerin (Mirjam)	ei-förmige Gebilde
					7	Kita...							
Solarpark, Grenchen		Volltreffer: alle ...		Beruf in der Textilindustrie	Geruch, Wohlgeschmack	Wintersportort in Colorado	Bettdecke			Verletzung durch e. Nadel	Bergweide	von eigenartigem Reiz	Absicht, Vorhaben
kleine Kanäle	ital. Tonbez. für das D	frz. Stadt mit Kathedrale	Süßwasserfische				Feder-schäfte		Schiffsbau-anlage		8		
					Bindewort (... noch)	formbare Masse					runder geometr. Körper	himmelblau	
		2	eingedickter Fruchtsaft	von geringer Menge				4	Ausstellung	Verlademaschine			
das Wesentliche	Farbentyp	e. Ort verlassen			6	Streichfett herstellen		... am Arbeitsplatz					Beschädigung im Stoff
ehem. SP-Präsident (... Bodenmann)				kanar. Insel: La ...		schweiz. Schokoladefabrikant †				5	eh. Eishockeygoalie (Reto)	Autokz. Kanton Uri	
		Unternehmensgruppe	Gehabe, Ziererei					Fest, Party	Anglergruss: ... Heil!				
verwendender Tierkörper	hohe Männerstimme		3		kontinuierlich	Ereignis mit Signalwirkung	1				angelsächs. Längengrad	kleiner Metallring	
Treffer b. Fussball Mz.			Sprechgesang	Strohunterlage					Binnen-gewässer	Kyk-laden-insel			
Wörterverzeichnis	Doppelvokal	Ruhegehalt				frz. Artikel		Zur ..., zur Zukunft!					dt. Vorsilbe
				weidm.: Wild töten							dt. Partei		
Senkblei		Lebensgefährte						Geräte justieren					

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 10. Juni 2022

INSERAT



Samstag

25. Juni



**Grosse Bau-Demo in Zürich:
Stopp Stundenklau. Mehr Schutz!**



Anmeldung und
Gratis-Transport

WORKLESERFOTO



Blick in die Glaskugel

WANN 15. Mai 2022
 WO Salavaux VD
 WAS Sonnenuntergang, fotografiert mit einer Glaskugel im Wasser
 Eingesandt von Denise Borer, Moosseedorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

INSERAT

**Die «Gewerkschaft der Gewerkschafter:innen»:
 Zur Geschichte des VASO**

Di, 21. Juni 2022 / 17.30 Uhr

Schweizerisches Sozialarchiv
 Stadelhoferstrasse 12, Zürich

Vortrag, basierend auf den Materialien des Archivs

Prof. Dr. Christian Koller
 Direktor Schweiz. Sozialarchiv

Kurt Altenburger
 Präsident VASO

anschliessend kleiner Apéro
 Anmeldung auf www.vaso.ch

Der Verein der Angestellten sozialer Organisationen der Schweiz (VASO) bietet den Mitgliedern:
 – Bildungsveranstaltungen/-reisen
 – Beiträge für berufliche Bildung
 – Rechtshilfe

Weitere Infos und Beitrittsformular:
www.vaso.ch

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000Bern16

WORKPOST

4 work 20. Mai 2022

Von wegen «nachhaltigste Detailhändlerin der Welt»: Migros verkauft Tomaten von Quäl-Plantagen

Beim spanischen Gemüseproduzenten Eurosol eskaliert: Mitarbeitende werden schikaniert, Gewerkschaftsmitglieder werden geschasst, und ein Arbeiter nimmt sich das Leben. Doch Grosskundin Migros zaudert.



«Der Chef hat mir verboten, auf die Toilette zu gehen.»

«Jemand plagt mich stark. Rasch schwärzen, ich hat ein Frisiermesser, auf die Toilette zu gehen. Doch der Farmakolof sagte einfach Nein!»

KEIN WC, KEINE PFLASTER

TRAGISCHER TIEFPUNKT

UNTERSUCHUNG EINGELEITET

Das Resultat der Eurosol-Untersuchung hält die Migros streng geheim!

WORK 9 / 20.5.2022: MIGROS VERKAUFT TOMATEN VON QUÄL-PLANTAGEN

Schwierig, aber machbar!

Ja, leider muss man achtgeben, was man kauft, und sich nicht hinreissen lassen von unversehrten Gemüsen und Früchten! Angebot/Nachfrage. Schwierig, aber machbar!

SANDRA SCHMIED, VIA FACEBOOK

Von wegen die Kunden wollen es so ...

... und dauernd wird gelabert, die Kundinnen und Kunden verlangten es!

EVA-MARIA FROIDEVAUX, VIA FACEBOOK

Leider zählen nur die Margen

Es ist einfach nur skandalös, dass faire Arbeitsbedingungen noch nicht Standard sind bei den Grossverteilern. Und dass sie heiter importieren, die Margen kassieren, und der Rest ist ihnen egal.

ILONA GFELLER, PER MAIL

WORK 8 / 29.4.2022: WEHE, WENN DIE TOTENGRÄBER KOMMEN!

Es war einfach nur grausig

Meine Meme lebte ein paar Jahre in einem Altersheim in Frankreich, bevor sie gestorben ist, es war grausig... nur leider konnten wir nichts machen, ausser, sooft es ging, unangemeldet zu erscheinen und zu reklamieren.

SYBILLE RELSTAB, VIA FACEBOOK

WORK 9 / 20.5.2022: BALKANROUTE: DIE VERGESSENEN VON BIHAC

Wahrhaftig eine Schande für Europa

Ein sehr eindrückliches Tagebuch, das Klaus Petrus da geschrieben hat. Was da geschieht, bezeichnet Jean Ziegler zu Recht als «Schande Europas». Dabei zeigt ja der Umgang mit den Flüchtenden aus der Ukraine, dass es auch anders ginge, wenn wir denn wirklich wollten.

MARIANNE AEBI, PER MAIL

Eine himmelschreiende Ungerechtigkeit

Ich muss zugeben, bei der Geschichte mit diesem rosaroten Rössli mit den Flügeln kamen mir die Tränen. Was für eine Zukunft haben diese Kinder, was für eine Perspektive? Es ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die sich über Generationen weiterziehen wird.

Doch das reiche Europa kümmert's nicht, wir machen lieber die Grenzen dicht.

ANDREAS ENGLER, PER MAIL

WORK 9 / 20.5.2022: ZUR SONNE, ZUR ZUKUNFT!

Auch die Speicher sind zu beachten

Es ist toll, wenn solche Projekte angestossen werden. Leider wird immer nur die Produktion erwähnt. Strom hat halt die Eigenschaft, dass er zum Zeitpunkt der Produktion auch verbraucht werden muss. Bei Solarprojekten sollte immer die Speichermöglichkeit des Überschusses betrachtet werden. Wir sollten nicht das gleiche machen, wie es lange in Deutschland der Fall war, dass zwischen den Panels Widerstände zum «Verbrennen» des Überschusses gebaut werden.

PETER KAUZ, SEEDORF BE

Das Walliser Projekt wäre ein Meilenstein

Statt von neuen AKW zu fabulieren, sollten wir jetzt endlich vorwärtskommen mit solaren Kraftwerken. Zu lange wurden Solar-Pionierinnen und -Pioniere als weltfremde Träumer verlacht. Jetzt sehen wir weltweit, wie effizient und günstig Sonnenenergie ist. Das Walliser Projekt wäre ein erster Meilenstein – und schnell realisierbar!

VERONIKA BLEUER, PER MAIL

Keine Angst vor dem ökosozialen Umbau!

Wenn die Menschheit überleben will, braucht es dringend einen ökosozialen Umbau. Reiche Länder wie die Schweiz sind dazu rasch in der Lage. Politisch und technologisch klug gemacht, muss sich keine in unserem Land vor Jobverlust wegen der Energiewende fürchten – und auch keiner davor, im Winter frierend im Dunkeln zu sitzen.

MARGRIT STEINER, PER MAIL

BRIGITTE SCHWEIZER**DIE ZUG-REISENDE**

Brigitte Schweizer macht bei der Unia-Frauenkommission mit und engagiert sich besonders in der Kampagne gegen die Heraufsetzung des Frauenrentenalters. «Es ist nicht richtig, dass Frauen noch länger arbeiten müssen, wenn sie schon den Grossteil der Arbeit leisten», sagt sie.

FRAUENGRUPPE. Mit anderen Unia-Frauen ist sie auch privat gerne zusammen. Das Grüppli organisiert regelmässig ein sogenanntes «Schweizer Reisli». Immer mit dem Zug. Zuletzt besuchten sie das Kemmeribodenbad im Berner Oberland, als nächstes geht's zum Vierwaldstättersee. Entspannung findet Brigitte Schweizer beim Lesen von Frauengeschichten. Oder beim Musikhören, am liebsten Schlager und Pop.



Kassierin **Brigitte Schweizer** (62) liebt den Kontakt mit Menschen – und das Engagement in der Gewerkschaft

An der Hochzeit wehten Smuv-Fahnen

Brigitte Schweizer hat an der Kasse ihren Traumjob gefunden. Und in der Gewerkschaft ihren Traummann.

RALPH HUG | FOTO STEFAN BOHRER

Brigitte Schweizer hatte es schwerer als andere. Sie wuchs in Herisau AR teilweise bei Pflegeeltern auf und litt schon früh unter Asthma. Wegen der Krankheit fehlte sie immer wieder in der Schule. Eine Lehre zu machen lag nicht drin. Zuerst arbeitete sie in einem Hotel und später in der Steckermontage beim grössten Ausserrhoder Industriebetrieb Huber+Suhner. Dieser Job erwies sich als Glücksfall. Denn hier lernte sie ihren künftigen Mann Reto Schweizer

kennen. Er war ein aktiver Smuv-Gewerkschafter und konnte sie zum Beitritt bewegen. «Vier Stunden dauerte es», erinnert sich Brigitte Schweizer lachend. So wurde sie zur Aktivistin, später zur Ehefrau von Reto. Als die beiden 1996 heirateten, wehten die Smuv-Fahnen vor dem Standesamt in Herisau. «Das werde ich nie vergessen.»

Seit nunmehr dreizehn Jahren steht sie als Kassierin im Dienst eines Grossverteilers. In zwei Jahren wird sie pensioniert und kann das Leben geniessen. Die Arbeit an der Kasse gilt gemeinhin als stressig. Wieso liebt Brigitte Schweizer diesen Job trotzdem? «Ich bin eben gerne mit Menschen zusammen», sagt sie. Im Job hat sie

täglich Kontakt mit Hunderten von Leuten. Alle sind anders. Das fasziniert.

MENSCHEN STATT ROBOTER. Vor zehn Jahren hiess es, ihren Beruf werde es bald nicht mehr geben. Damals kamen die ersten Selfscanning-Stationen auf, wo die Kundschaft den Einkauf selber einliest. Fehlanzeige: Kassierinnen gibt es immer noch. Auf Berufsfrauen wie Brigitte Schweizer kann man einfach nicht verzichten. «Auch beim Einkaufen möchte man mit Menschen zu tun haben und nicht bloss mit Robotern», sagt sie. Immer wieder beobachtet sie, wie wichtig für viele Leute ein kleiner Schwatz ist. «Nur ein paar Sätze



GLÜCKLICHES GEWERKSCHAFTSPAAR: Brigitte und Reto Schweizer an ihrer Hochzeit 1996. Im Hintergrund flattern die Fahnen der Unia-Vorgängerin Smuv. FOTO: ZVG

wechsellern, das reicht schon.» Vor allem Ältere und Alleinstehende wüssten dies zu schätzen. So hat Brigitte Schweizer viele Leute kennengelernt, und viele Leute kennen sie als die Frau an der Kasse. Selbst wenn sie die Filialen wechselt. Denn Brigitte Schweizer arbeitet nicht immer im selben Supermarkt in St. Gallen. Als erfahrene Kassierin wird sie oft in Nachbarfilialen gerufen, wenn es dort grad an Kolleginnen mangelt. Auch ihre Einsätze sind unterschiedlich – morgens, nachmittags oder auch mal abends. Wie viele Kassierinnen ist Brigitte Schweizer seit Beginn weg im Stundenlohn für 23 Franken angestellt.

WIE IM BIENENHÜSLI. Die Kassierin arbeitet auch im Selfscanning. Sie nimmt Kontrollaufgaben wahr, hilft Kundinnen und Kunden beim Scannen der Ware oder beim Zahlen mit der Karte. Da gehe es manchmal zu und her wie im Bienenhüsl, wenn der Andrang gross ist. Doch Brigitte Schweizer hat gelernt, die Übersicht zu bewahren und sich nicht stressen zu lassen. Auch an der Kasse bleibt sie freundlich, selbst wenn es die Kundschaft überhaupt nicht ist. Das sei zwar nicht immer leicht, aber sie sage sich: «Wenn ich offen und positiv bin, kommt es meist auch so zurück.» Ein Lächeln in den Augen gibt ihr ein gutes Gefühl und hilft, die Belastung der Kassenarbeit besser zu bewältigen.

Denn belastend ist der Job zweifellos. Auch Brigitte Schweizer musste schon zur Therapie, weil ihr Schulter und Arme schmerzten. «Kassenkrankheit», sagt sie scherzend, zurückzuführen auf die stets gleichen Bewegungen am Laufband. Sie versucht, mit gezielter Bewegung und Veränderung der Körperposition Gegensteuer zu geben. Nicht immer nur sitzen, sondern auch mal aufstehen. Und beim Sitzen immer schön den Rücken gerade halten. Als hilfreich empfindet sie den Fortschritt bei der Kassentechnologie. Das Scannen geht leicht, und auch die Aktionen und Rabatte sind gut ins elektronische System integriert. Dennoch kann es zu Falschverbuchungen kommen. «Fehler passieren halt bei jeder Arbeit.»

Als Brigitte Schweizer als Kassierin begann, verhehlte sie nicht, dass sie eine überzeugte Gewerkschafterin ist. Sie möchte nichts verbergen und respektiert auch die Regeln im Betrieb. So durfte sie während der Pause bei Kolleginnen Unterschriften fürs AHV-Referendum sammeln. 30 kamen zusammen, worauf sie stolz ist. Und dann war da noch ein Chef, der plötzlich zu ihr sagte: «Offiziell darf ich zwar nichts sagen, aber privat finde ich: Macht nur weiter so!»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciaadinc@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Daniel Behruz, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.